

Vorläufiges Protokoll der 32. Sitzung des StuRa am 05.05.2015

Stand: 27. Mai 2015, 20:25

Ort: Neuer Hörsaal Physik, Albert-Ueberle-Str. 3-5

Hinweis: **Rollstuhlfahrer*innen oder mobilitätseingeschränkte Personen** können den Hörsaal nur über den Philosophenweg, dafür aber relativ leicht erreichen – bitte vorher melden und möglichst Taschenlampe o.ä. mitbringen.

Nachtblinde Personen oder Personen mit eingeschränkter Sehfähigkeit: die Treppen zum Hörsaal sind nicht so gut beleuchtet – ggf. vorher lieber melden oder eine Begleitung suchen. Wer mit dem Auto anreist: es gibt **Parkmöglichkeiten** – bitte vorher melden!

Termine von AKs, Referaten, Ausschüssen und Kommissionen rechts oben auf der StuRa-Seite:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/>

Anträge, Mitteilungen, Fragen, Anregungen, Berichte etc. bitte an:
"[situngsleitung@stura.uni-heidelberg.de](mailto:sitzungsleitung@stura.uni-heidelberg.de)"

Sitzungsunterlagen und Protokolle findet ihr hier:

<https://www.stura.uni-heidelberg.de/studierendenrat/protokolle-antraege-beschluesse-2-legislatur.html>

Tagesordnung für die 32. StuRa-Sitzung am 05.05.15

TOP 1: Begrüßung	4
TOP 2: Beschluss der Tagesordnung	4
TOP 3: Verabschiedung von Protokollen	5
TOP 4: Info: Mitteilungen, Kurzberichte, Termine	5
4.1 Info: Mitteilungen der Sitzungsleitung, der Vorsitzenden der VS, der Referate und sonstige Berichte.....	6
(a) Allgemeine Infos.....	6
(b) Bericht von der AGSM.....	7
(c) Bericht aus dem Gespräch mit der Findungskommission.....	7
4.2 Info: Termine: Treffen, AGen, Vortreffen, Partys etc.....	8
(a) Info: Partytermine:.....	8
(b) Termine des StuRa:.....	8
(c) AGSM am 04.05., 16:30.....	8
(d) Landeslehrpreis 2015.....	9
(e) festival contre le racisme.....	9

(f) Erasmus staff mobility.....	10
(g) Candles for Kenya.....	10
(h) Informationsveranstaltung Expertise nutzen.....	11
(i) Einladung zur Kunstaustellung "Sri Lanka - Blick durch fremde Augen" von Studieren Ohne Grenzen.....	11
(j) Hochschulpolitisches Einstiegsseminar 15.-17.05. in Hannover.....	13

TOP 5: Info: Ausschreibungen für Referate etc. des StuRa.....14

5.1 Ausschreibung Vorsitz der VS – weiblich.....	14
5.2 Ausschreibung Vertreterversammlung Studierendenwerk.....	14
5.3 Ausschreibung Verwaltungsrat Studierendenwerk.....	14
5.4 Ausschreibung für das Referat für Öffentlichkeitsarbeit (Agitation und Propaganda).....	14
5.5 Ausschreibung Referat politische Bildung.....	14
5.6 Ausschreibung für die/den VS-Vertreter*in in den Fakultäten.....	14
5.7 Ausschreibung für den/die Finanzreferent*in der VS.....	15
5.8 Aufruf zur Kandidatur für den Haushaltsausschuss.....	15
5.9 Aufruf zur Kandidatur für die Sitzungsleitung.....	15
5.10 Aufruf zur Kandidatur für den Wahlausschuss.....	15
5.11 Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Ökologie und Nachhaltigkeit.....	16
5.12 Aufruf zur Kandidatur für das Gremien- und Konstitutionsreferat.....	16
5.13 Aufruf zur Kandidatur für das Kulturreferat.....	16
5.14 Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Lehre und Lernen.....	16
5.15 Aufruf zur Kandidatur für das Verkehrsreferat.....	16
5.16 Aufruf zur Kandidatur für das Sozialreferat.....	16
5.17 Aufruf für das Referat für internationale Studierende.....	16
5.18 Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Hochschulpolitische Vernetzung (Außenreferat).....	17
5.19 Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Angelegenheiten des Studierendenwerks (StuWe- Referat).....	17
5.20 Aufruf zur Kandidatur für das Queerreferat (Referat für Betroffene von sexualitätsbezogener Diskriminierung).....	17
5.21 Aufruf zur Kandidatur für die Steuerungsgruppe Lehramt.....	17
5.22 Aufruf für studentische Mitglieder in der Gemeinsamen Kommission Geoarchäologie.....	17
5.23 Aufruf zur Kandidatur für die Findungskommission Lehramt.....	17

TOP 6: Info: Ausschreibung für Senats- und andere uniweite Ausschüsse.....18

6.1 Gemeinsame Kommission Geoarchäologie (GKGA).....	18
6.2 Senatsausschüsse und -kommissionen.....	18

TOP 7: Kandidaturen für Referate etc. des StuRa.....18

7.1 Kandidaturen für die MatNatGesFak.....	18
(a) Kandidatur Cornelius Bauer (2. Lesung).....	18
(b) Kandidatur Stefan Zentarra (2. Lesung).....	19
7.2 Kandidaturen für den Wahlausschuss.....	20
(a) Katharina Valjak (1. Lesung – Dringlichkeit beantragt).....	20
(b) Lukas Müller (1. Lesung – Dringlichkeit beantragt).....	21
(c) Maximilian Wurzel (1. Lesung – Dringlichkeit beantragt).....	22
(d) André Müller (1. Lesung – Dringlichkeit beantragt).....	22
7.3 Referat „Lehre und Lernen“.....	23
(a) Anna-Sophie Nickel (1. Lesung).....	23
(b) Fabian Kunz (1. Lesung).....	23

TOP 8: Wahlen und Urabstimmungen.....	24
8.1 Info: Allgemeine Informationen.....	24
8.2 Info: Fachratswahlen im Wintersemester 14/15.....	25
8.3 Fachschaftsratswahlen.....	25
8.4 Sprechstunde der AG-Wahlen.....	25
8.5 Gremienwahlen - Wahlen zu Senat und Fakultätsräten.....	25
TOP 9: Satzungen der Studienfachschaften.....	26
9.1 Änderung der Satzung der SFS Klassischen Philologie (2. Lesung).....	26
9.2 Abstimmung über Satzung der SFS Semitistik (2. Lesung).....	26
TOP 10: Finanzanträge.....	27
10.1 Finanzantrag delta e.V. (2. Lesung).....	27
10.2 Finanzierung des Wirkcamps Heidelberg (2. Lesung).....	28
(a) Änderungsantrag des Antragsstellers.....	30
10.3 Finanzierung von GoAhead e.V. (2. Lesung).....	31
10.4 Typisierungsaktion am 19.04 (2. Lesung).....	32
10.5 Islamwoche 2015 (2. Lesung).....	34
10.6 festival contre le racisme 2015 (2. Lesung).....	38
10.7 Vortragsreihe Interdisziplinäre Arbeitsgemeinschaft Tierethik (IAT) (1. Lesung).....	40
10.8 Studieren ohne Grenzen - PEACEathlon (Dringlichkeit beantragt).....	42
(a) Druckkosten.....	42
(b) Materialkosten.....	43
10.9 Finanzierung der Denkerinnenkonferenz.....	46
TOP 11: Änderungen in der Organisationsatzung und Finanzordnung.....	48
11.1 Änderung der Finanzordnung (2. Lesung).....	48
11.2 Antrag auf Änderung des Anhangs B der Organisationsatzung - Zuordnung von Studiengängen (1. Lesung).....	50
11.3 Änderungsantrag zur Organisationsatzung (2. Lesung).....	51
TOP 12: Blockupy.....	51
12.1 Antrag zur TO: Video der Landtagsdebatte.....	51
12.2 Info: Erklärung des Referenten für politische Bildung zur Ausführung des Referatsbeschlusses	52
12.3 Positionierung zu den Blockupy-Protesten (2. Lesung).....	53
(a) Ä1: Änderungsantrag zu inhaltlicher Positionierung zu den Blockupy-Protesten.....	56
(b) Ä2: Stellungnahme zu den Blockupy-Protesten.....	61
12.4 Aufhebung des Blockupy-Beschluss des Referats PoBi (1. Lesung).....	63
12.5 Stellungnahme des StuRa zur Anfrage der Rechtsabteilung (1. Lesung – Dringlichkeit beantragt).....	63
(a) Stellungnahme der Verfassten Studierendenschaft im Fall des Beschlusses vom Referat für politische Bildung zum Thema Blockupy.....	64
TOP 13: Umbenennung des Referats für Öffentlichkeitsarbeit (Agitation und Propaganda) (1. Lesung).....	66
TOP 14: Plädoyer für Populismus (Diskussion).....	67
TOP 15: Positionierung des StuRa zu Verhandlungen mit VRNextbike (1. Lesung – Dringlichkeit beantragt).....	67

TOP 16: Solidarität mit der VS Freiburg (Dringlichkeit beantragt).....	68
TOP 17: Sonstiges.....	68
Anlagen.....	68
Anlage 1 – Bericht des Referates für Lehre und Lernen.....	68

Erläuterung zur Abstimmung:

Nach §7, Absatz 7 der Geschäftsordnung des StuRa, können Anträge erst in der Sitzung, die auf die Sitzung ihrer Vorstellung und Beratung folgt, abgestimmt werden. Bei den Abstimmungen gilt § 34 der Organisationssatzung.

Beschlüsse werden in der Regel mit einfacher Mehrheit gefasst. Die einfache Mehrheit ist erreicht, wenn die Zahl der abgegebenen Ja-Stimmen die der Nein-Stimmen übersteigt.

Hilfen:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/How-To-GO.pdf>

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Glossar_StuRa.pdf

TOP 1: Begrüßung

Sitzungsbeginn: 19:36 Uhr

Sitzungsende: 22:35 Uhr

Protokoll: Sebastian Bock

TOP 2: Beschluss der Tagesordnung

Abstimmungshinweise:

Die Tagesordnung wird mit einfacher Mehrheit beschlossenen

Die Aufnahme neuer Tagesordnungspunkte bedarf der einfachen Mehrheit.

Anträge auf Dringlichkeit bedürfen der 2/3-Mehrheit. Dringlichkeitsanträge können bereits in erster Lesung beschlossen werden.

Es wird vorgeschlagen, Gäste vorzuziehen.

Antrag auf eine Schweigeminute für die Erdbebenopfer in Nepal zwischen Top 2 & Top 3. Keine Einwände. Angenommen.

Abstimmung zum TOP Tagesordnung	Ja	Nein	Enthaltung
	Rest		1

Schweigeminute

TOP 3: Verabschiedung von Protokollen
--

Protokolle werden nicht beschlossen, sie sind angenommen, wenn keine Änderungsanträge vorliegen. Bitte bedenkt, dass das Protokoll zur Außendarstellung des StuRa beiträgt und macht daher konkrete Vorschläge für Ergänzungen. Am besten schickt ihr sie vor der Sitzung an die Sitzungsleitung, damit sie ggf. schon im Vorfeld der Sitzung eingepflegt werden können.

Alle StuRa-Protokolle, auch die zu verabschiedenden findet ihr hier:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/studierendenrat/protokolle-antraege-beschluesse-2-legislatur.html>

Derzeit sind vorläufig und somit zu verabschieden:

Protokoll vom 27. Januar 2015 – keine Einwände, angenommen

Protokoll vom 21. April 2015 – persönliche Erklärungen fehlen noch, wird verschoben

Hinweis auf die Protokolle der Referatekonferenz:

<https://www.stura.uni-heidelberg.de/referate/sitzungen-und-protokolle-der-referatekonferenz.html>

Abstimmung zum TOP Protokolle	Ja	Nein	Enthaltung

TOP 4: Info: Mitteilungen, Kurzberichte, Termine

Hinweis: Sofern zu Info-Tagesordnungspunkten nicht das Wort gewünscht wird, wird hierüber nicht gesprochen. Wenn jemand es wünscht, kann man jedoch sehr wohl darüber reden – gerne auch in der nächsten Sitzung in einem ordentlichen Tagesordnungspunkt.

Unter diesem Tagesordnungspunkt findet ihr diverse Informationen, Bericht von allen Treffen und Sitzungen, zu denen der StuRa Mitglieder entsandt hat, Einladungen zu allerhand Veranstaltungen, unaufgefordert zugesandte Hinweise oder erbetene Antworten und dergleichen mehr.

Sofern nicht das Wort zu diesem TOP gewünscht wird, wird hierüber nicht im Einzelnen gesprochen. Wenn jemand es wünscht, kann man jedoch sehr wohl darüber reden – gerne auch in der nächsten Sitzung und bei Interesse auch als eigenen TOP.

4.1 Info: Mitteilungen der Sitzungsleitung, der Vorsitzenden der VS, der Referate und sonstige Berichte

(a) Allgemeine Infos

Ars legendi-Preis für exzellente Hochschullehre 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) loben zum zehnten Mal den mit 50.000 Euro dotierten "Ars legendi-Preis für exzellente Hochschullehre" aus.

Der Preis wird im Jahre 2015 an einen Wissenschaftler oder eine Wissenschaftlerin - ggf. auch stellvertretend für ein Team - für herausragende und innovative Leistungen im Bereich des Digitalen Lehrens und Lernens verliehen. Für die Auszeichnung ist neben einer exzellenten Didaktik und Lehrqualität sowie der beratenden Unterstützung der Studierenden ausschlaggebend, inwieweit der Preisträger über die eigenen Lehrveranstaltungen hinaus Impulse für die Weiterentwicklung der Hochschullehre gegeben hat.

Vorschläge können von Fakultäten und Fachbereichen oder den Fachschaften eingereicht werden. Eigenbewerbungen sind zulässig. Bewerbungsschluss ist der 10. Juli 2015.

Nähere Informationen zum Verfahren sowie Ausschreibungsunterlagen erhalten Sie unter www.ars-legendi-preis.de [1] oder unter www.hrk.de/lehrpreis [2].

Bitte geben Sie die Informationen an interessierte Kolleginnen und Kollegen in Ihrem Hause weiter. Über Ihre Beteiligung würden wir uns sehr freuen.

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Viele Grüße aus Essen

Dominique Ostrop
Bereich Programm und Förderung
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
Postanschrift: Barkhovenallee 1, 45239 Essen
Besucheradresse: Rellinghauser Str. 3, 45128 Essen

Tel. (02 01) 84 01-1 62

Fax (02 01) 84 01-2 15

E-Mail: dominique.ostrop@stiffterverband.de

(b) Bericht von der AGSM

Bericht aus der AGSM am 4.5.15 für den StuRa am 5.5.15

Die Meldung der Woche ist: Der Rektor war auf der AGSM. Wir hoffen, dass es an den Themen lag und da wir daher in der Angelegenheit auch einen Schritt weiter sind.

Infos:

Studium generale-Kommission: es können auch zwei Studis rein
wir sollen ein Raumkonzept vorlegen, um über die weitere Raumplanung zu reden. Vorschlag der Verwaltung: wir geben einen Raum in der Sandgasse ab und erhalten dafür den alten Raum der FS Mathe. Der abgetretene Raum Sangasse wird zum neuen Raum der Stille.

Jahresfeier: haben wir Themenvorschläge? sollen wir an kum schicken

Erstikkommission: gibt es noch, wir sollten die Posten wieder ausschreiben.

wir haben auf Probleme bei der Noten- und Punktvergabe hingewiesen, wenn Leute fachfremd studieren oder "zu viele" Punkte machen

Die uni hat nicht mit Nextbike verhandelt - das war vielleicht das Unibauamt

PS: wenn der Stura dafür ist, den Trampelpfad (Stichwort The Fence), befestigen zu lassen, würde der Rektor das unterstützen

Gremienarbeit:

das Rektorat sieht in dem Wegfall der Beiträge der Studierenden im SAL einen Qualitätsverlust und sieht auch ein, dass man über Sachen aus Gremien, vor allem Prüfungsordnungen reden muss, nicht nur mit Gremienmitgliedern, auch mit Mitgliedern der Fachschaft oder dem Fachschaftsrat. Wir werden aufschreiben, wie wir das verstehen und dann auf der Grundlage gemeinsam mit der Verwaltung Schulungen durchführen.

Dass das Klima in einigen Gremien schlecht ist, kann dadurch evtl. auch verbessert werden.

Allerdings geht das Rektorat davon aus, dass man halt sagen sollte, wenn man sich unter Druck gesetzt fühlt und wenn dem so ist, dann kann man juristisch vorgehen.

Einer Vertretungsregelung in Gremien steht der Rektor ablehnend gegenüber, da er v.a. das Verhältnis von horizontaler und vertikaler Repräsentation dann gefährdet sieht.

(c) Bericht aus dem Gespräch mit der Findungskommission

Berichtender: Tenko Bauer

Das Gespräch mit der Findungskommission für den Universitätsrat fand am 05.05.2015 um 14:15 statt und verlief sehr freundlich und gut. Es wurde, unabhängig vom Vorschlag des StuRa, angeregt ob wir in 3 Jahren nicht mehr als eine*n Kandidat*in vorschlagen möchten, damit die Findungskommission, wie bei Vertreter*innen der anderen Statusgruppen auch, aus mehreren Kandidat*innen auswählen könnten. Das Ergebnis erfahren wir voraussichtlich nach der Senatssitzung am 23.06.2015.

Info des Finanzreferats zum Thema Umsatzsteuer (Wolf Weidner):

4.2 Info: Termine: Treffen, AGen, Vortreffen, Partys etc.

Einige ausgewählte Termine

Ausführliche Informationen zu diesen Terminen findet ihr immer auch auf der StuRa-Seite (s.u.)

Was?	Wann?	Wo?	Weitere Infos/Vortreffen
AGSM	04.05 – 16:30	Rektorat	
AG Wahlen	Jeden Freitag 14:00-16:00	StuRa-Büro	

Die Liste der Termine ist eher zufällig. Die Treffen von Arbeitskreisen und Referaten, Sitzungstermine des StuRa oder seiner Kommissionen werden Mittwochmorgen alle verschickt, die nächsten Termine finden sich auf der StuRa-Seite rechts in der Terminspalte. Alle Termine findet ihr hier:

<http://sofo-hd.de/list?nDays=30&tag=uni&style=Hochschul%25und%25Bildungspolitik>

Die Termine von Gremien werden hier nochmals gesondert aufgeführt:

<http://sofo-hd.de/list?nDays=0&tag=gremien&title=Gremientermine>

Außerdem werden alle Termine einmal in der Woche, am Mittwoch, um 9:30, über die wichtigsten StuRa-Info-Verteiler verschickt, so dass ihr alle Termine kompakt in einer Mail habt.

Informationen zu den StuRa-Verteilern findet ihr hier:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/studierendenrat/interessante-mailinglisten/>

(a) Info: Partytermine:

findet ihr hier:

<http://sofo-hd.de/list?nDays=50&tag=party>

(b) Termine des StuRa:

Sommersemester 2015:

19. Mai

02. Juni

16. Juni

30. Juni

14. Juli

Im Notfall kann eine Sondersitzung am 21. Juli durchgeführt werden.

Wintersemester 15/16:

13.10.15

27.10.15

10.11.15

24.11.15

(c) AGSM am 04.05., 16:30

Die AGSM ist eine regelmäßige offene Gesprächsrunde von Studierenden und Rektorat. Weitere Informationen zur AGSM findet ihr hier:

<https://www.stura.uni-heidelberg.de/arbeitskreise/ag-sm.html>

bisherige Themenideen für die Sitzung findet ihr hier:

https://agsm.stura.uni-heidelberg.de/index.php/Naechste_Sitzung_der_AG

Gibt es weitere Ideen und Themenvorschläge? Überlegt nochmal, dann können wir in der StuRa-Sitzung am 21.4. eine Themenliste fest machen und ans Rektorat schicken.

(d) Landeslehrpreis 2015

An die Studiendekaninnen und Studiendekane,

an die Fakultätsgeschäftsführerinnen und Geschäftsführer,

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Jahr 2015 wird das Ministerium wieder einen Landeslehrpreis vergeben, ein Rundschreiben sowie die Ausschreibungsunterlagen sind dieser Mail beigelegt. Bitte beachten Sie die im Rundschreiben angegebene Frist für die Vorlage bei der Verwaltung (Mittwoch 20. Mai 2015) sowie die Angaben zum durchzuführenden Verfahren. Nicht form- bzw. fristgerechte Anträge können leider nicht berücksichtigt werden.

Die Unterlagen können auch direkt unter der Adresse

<http://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/service/ausschreibungen/> [1]

heruntergeladen werden.

(e) festival contre le racisme

Hallo zusammen,

in den letzte Wochen und Monaten ist es wieder sehr deutlich geworden: Rassismus ist in unserer Gesellschaft weiterhin ein brandaktuelles Thema, das nicht zu unterschätzen ist. Es sind jedoch nicht nur die PEGIDA-Demonstrationen, sowie Nazi-Aufmärsche und ihre Auswirkungen auf die Stimmung in der Gesellschaft, die uns Sorge bereiten. Neben sehr offensichtlichen Formen von Rassismus ist dieser so tief in unserem Denken verankert, dass es selbst bei guten Intentionen häufig zu rassistischen Denkmustern, Äußerungen und Handlungen kommt.

Mit dem diesjährigen

festival contre le racisme

vom 05. bis 13. Juni

wollen wir zum 5ten Mal in Heidelberg eine Plattform bieten, auf der sich interessierte Menschen mit unterschiedlichen Aspekten von Rassismus auseinandersetzen können. Das Festival soll einen Beitrag

zu einer offeneren Gesellschaft leisten, in der alle Menschen gleichberechtigt miteinander leben können. Wir hoffen auf ein buntes Programm, das eine Vielzahl von Menschen aus allen Lebensbereichen anspricht – und sich damit nach den Interessen aller Heidelberger Bürger*innen

richtet. Dafür brauchen wir eure Hilfe! Wir freuen

uns über Veranstaltungen verschiedenster Art:

Workshops, Vorträge, Diskussionsrunden, Filmvorführungen sind einige der Möglichkeiten.

Unsere Themenschwerpunkte für dieses Jahr sind:

- Verschiedene Formen des Rassismus mit einem Fokus auf latentem Rassismus und der Rolle von Sprache in der Produktion und Reproduktion rassistischer Denkmuster
- Flüchtlingspolitik und die Situation von Geflüchteten auf regionaler und auf europäischer Ebene
- Islamophobie und Islamfeindlichkeit; Antisemitismus und Antiziganismus

Ein Großteil der Veranstaltungen soll zu diesen Themenschwerpunkten sein, da aber Rassismus sehr vielschichtig ist, freuen wir uns auch über mögliche andere Veranstaltungen.

(f) Erasmus staff mobility

Anfang Mai wird Frau Johanna Novales vom University College London im Rahmen des „Erasmus staff mobility“-Programms Heidelberg besuchen.

Sie ist Mitglied im „DIGNITY AT WORK“-Programm der UCL, was auch einen Schwerpunkt ihrer Arbeit ausmacht. Erfreulicherweise hat sich Frau Novales dazu bereit erklärt, das Programm vorzustellen und über die Arbeit ihrer Universität zu den Themen Mobbing, Stalking und Belästigung zu sprechen.

Zu ihrem Talk mit anschließender Diskussion möchten wir Sie heute herzlich einladen:

TERMIN: Mittwoch, 6. Mai 2015

UHRZEIT: 10:00 - 12:00 Uhr

RAUM: 235 (Universitätsverwaltung)

Frau Novales wird ihren Vortrag in Englisch halten, die sich anschließende Diskussion kann dann auf Deutsch geführt werden.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Agnes Kesper

(g) Candles for Kenya

Aufruf zu Kundgebung und Schweigeminute am 07.05. 2015 für die ermordeten Studenten in Garissa, Kenia

Was? Schweigeminute & Kundgebung

Wann? Donnerstag 07.05.2015, 13:00

Wo? Zentraler Uniplatz Tübingen & überall in Deutschland

Worum geht es?

Am 2. April haben Terroristen in Garissa, Kenia, eine Universität gestürmt, 700 Studenten als Geisel genommen und 148 von Ihnen auf kaltblütige Weise ermordet. Seither ist die Universität geschlossen, Studenten im ganzen Land fürchten sich und die kenianische Regierung will als Reaktion das weltgrößte Flüchtlingslager im Land schließen lassen. Bei Tragödien wie dem Charlie-Hebdo Massaker bekam die deutsche Öffentlichkeit jedes kleinste Detail als Sensation geliefert. Über die Opfer in Kenia spricht kaum jemand. Das Schweigen der Medien und der Öffentlichkeit empfinden wir als großes Unrecht, denn das Attentat war ein Angriff auf das Herz unserer westlichen Zivilisation: dem Recht auf Bildung und freie Meinungsäußerung und Religionsausübung.

Wir daher mit "Candles for Kenya" Aufmerksamkeit auf dieses schreckliche Ereignis lenken und unseren ermordeten Kommilitonen gedenken.

Kommt und kommt zahlreich am **07.05. um 13:00!**

Weitere Informationen findet ihr auf unserer Homepage:

<https://sites.google.com/site/candlesforkenya/home>

(h) Informationsveranstaltung Expertise nutzen

Am 11. Mai 1015 findet wieder eine gemeinsame Informationsveranstaltung von Heidelberg Alumni International, dem Career Service und dem Dezernat für internationale Beziehungen statt. Die drei Abteilungen präsentieren ihre Angebote für Studierende aller Fachrichtungen und Semester zu den Themen Studium im Ausland, Praktikum im In- und Ausland, Karriereplanung und Berufseinstieg. Die Angebote umfassen Stellenbörsen, Austauschprogramme, Beratungen, Trainings und das Alumni-Mentorenprogramm. Sinn und Zweck der Veranstaltung ist es, einen Überblick über die verschiedenen Angebote und die verantwortlichen Stellen zu geben. Die Studierenden aller Semester und aller Studiengänge werden so umfassend über alle Möglichkeiten und Ansprechpartner informiert.

Die Vorstellung findet um 18:30 Uhr im Hörsaal 14 in der Neuen Uni statt. Im Anschluss besteht bei einem kleinen Empfang die Möglichkeit zu persönlichen Gesprächen und Fragen.

(i) Einladung zur Kunstaustellung "Sri Lanka - Blick durch fremde Augen" von Studieren Ohne Grenzen

Liebes StuRa Team,

wir, die Hochschulgruppe Studieren Ohne Grenzen in Heidelberg, laden euch recht herzlich zu unserer Kunstaustellung „SRI LANKA- BLICK DURCH FREMDE AUGEN“ von 3.-9. Mai ein. Durch diese Kunstaustellung möchten wir mit eindrucksvollen Bildern die Situation der in Sri Lanka lebenden Menschen, den HeidelbergerInnen näher bringen. Neben den Bildern wird es noch ein vielfältiges Programm mit Fachvorträgen, Familienprogramm und Filmabend geben. Entnehmt Sie bitte weitere Infos dem unteren Text und dem Anhang.

Die Ausstellung wird im Dezernat 16 in Heidelberg veranstaltet. Wir würden uns freuen wenn ihr vorbeikommt und unser Angebot weiterleitet oder auf Facebook teilt.

Ihr habt uns mit der Bewilligung von finanziellen Mitteln die Veranstaltung ermöglicht, und wir freuen uns, wenn ihr vorbei kommt!

Viele Grüße,

Jana Fehr

EINLADUNG ZUR KUNSTAUSSTELLUNG SRI LANKA – BLICK DURCH FREMDE AUGEN
10 Jahre nach dem Tsunami – Schüler malen ihr Sri Lanka
03. bis 09. Mai 2015, Dezernat 16 in Heidelberg
Eintritt frei!

Es ist jetzt zehn Jahre her, dass der verheerende Tsunami die Küstengebiete vieler Länder entlang des indischen Ozeans verwüstete. Vor allem die Insel Sri Lanka litt sehr unter den Auswirkungen dieser gewaltigen Welle, welche viele Menschenleben kostete. Doch wie sieht die Situation in Sri Lanka inzwischen aus? Konnte das Land sich von dieser Naturkatastrophe erholen oder sind ihre Folgen auch heute noch in der Bevölkerung zu spüren?

Die Berichterstattung ebte schon wenige Monate nach der Katastrophe ab und inzwischen werden nur noch sehr wenige Informationen über die Situation in Sri Lanka vermittelt. Daher ist es uns vom studentischen Verein 'Studieren Ohne Grenzen e.V.' ein besonderes Anliegen über die Auswirkungen des Tsunamis in einer Kunstaussstellung zwischen dem 03. und 09. Mai im Dezernat 16 in Heidelberg zu informieren. Hierbei werden großformatige Gemälde von Schülerinnen und Schülern aus Sri Lanka ausgestellt, die in ihrer Kunst die Schrecken des Tsunami und die Lebenssituation nach der Katastrophe festgehalten und verarbeitet haben.

Die Kunstaussstellung bietet darüber hinaus mit Vorträgen und einem Filmabend Informationen zur kritischen Situation der Pressefreiheit in Sri Lanka. Außerdem wird ein tänzerisches und familienfreundliches Rahmenprogramm die Möglichkeit zum interessierten Austausch und entspannten Beisammensein bieten. Zudem möchte der Verein mit der Ausstellung über die Bildungssituation in Sri Lanka und das eigene Hochschulbildungsprojekt in Trincomalee und Vavuniya informieren.

Nähere Informationen zu den Veranstaltungen und Öffnungszeiten können auf unserer Homepage
<http://www.studieren-ohne-grenzen.org/lokalgruppen/heidelberg> [1]

oder auf Facebook <https://www.facebook.com/events/704365476339473/>
[2]nachgelesen werden.

Der Eintritt ist frei!

Zu unserem Verein: ETUDES SANS FRONTIÈRES – STUDIERN OHNE GRENZEN DEUTSCHLAND E.V. ist eine gemeinnützige studentische Organisation, die 2006 gegründet wurde. Mehr als 1000 Studierende engagieren sich deutschlandweit in 17 Lokalgruppen für Projekte in Kriegs- und Krisengebieten. In diesen Konfliktregionen gibt der Verein jungen Menschen die Möglichkeit ihr Land aus eigener Kraft nachhaltig zu gestalten, eigene Projektidee vor Ort umzusetzen und als Multiplikatoren wirksam zu werden. Neben der finanziellen Unterstützung in Form von Hochschulstipendien sind dabei ideelle Förderung und Investitionen in die Bildungsinfrastruktur ein wichtiger Bestandteil der Arbeit von Studieren Ohne Grenzen.

Erleben Sie die künstlerische Vielfalt Sri Lankas in Heidelberg –
Lassen Sie sich von einer fremden Kultur verzaubern – Sie sind herzlich eingeladen!

Gefördert aus Mitteln der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg, des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst und des StuRa der Uni Heidelberg

JANA FEHR
Etudes Sans Frontières - Studieren Ohne Grenzen Deutschland e.V.
Lokalkoordination Heidelberg

jana.fehr@studieren-ohne-grenzen.org
www.studieren-ohne-grenzen.org
+49 178 1673452

BILDUNG FÖRDERN - SELBSTHILFE ERMÖGLICHEN

Links:

[1] <http://www.studieren-ohne-grenzen.org/lokalgruppen/heidelberg>
[2] <https://www.facebook.com/events/704365476339473/>

(j) Hochschulpolitisches Einstiegsseminar 15.-17.05. in Hannover
Könntet ihr bitte noch untenstehendes Seminar unter Termine in die StuRa-Sitzungsunterlagen aufnehmen. Hier ein Link zum Tagungsprogramm:

http://www.fzs.de/termine/event_964.html

Wer hinwill kann sich zwecks Fahrtkosten- und Teilnehmer*innenbeitragsersatzung mit aussen@stura.uni-heidelberg.de in

Kontakt setzen.
Liebe Grüße,

TOP 5: Info: Ausschreibungen für Referate etc. des StuRa

Hinweis: Sofern zu Info-Tagesordnungspunkten nicht das Wort gewünscht wird, wird hierüber nicht gesprochen. Wenn jemand es wünscht, kann man jedoch sehr wohl darüber reden – gerne auch in der nächsten Sitzung in einem ordentlichen Tagesordnungspunkt.

Unter diesem Tagesordnungspunkt findet ihr die Aufrufe zur Kandidatur für Ausschüsse, Referate oder die Sitzungsleitung des StuRa sowie für die Mitglieder für StuRa-Kommissionen und ähnliches.
Den Volltext der Kandidaturaufrufe findet ihr auf der Seite mit den Kandidaturaufrufen auf der StuRa-Homepage:
<http://www.stura.uni-heidelberg.de/studierendenrat/ausschreibungen/>

Die Reihenfolge dieser Ausschreibungen ist latent chronologisch: die zuletzt erfolgten Ausschreibungen stehen zuoberst. Am Ende diejenigen, die schon länger ausgeschrieben sind, deren Reihenfolge wird aber manchmal geändert, um ähnliche Ausschreibungen aufeinander folgend zu machen und somit eine grobe Binnenstrukturierung zu erreichen. Die erstmalige Nennung markieren wir künftig mit „(NEU)“

5.1 Ausschreibung Vorsitz der VS – weiblich

https://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Ausschreibungen/Aufruf_Vorsitz_weiblich.pdf

5.2 Ausschreibung Vertreterversammlung Studierendenwerk

https://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Ausschreibungen/Aufruf_Vertreterversammlung.pdf

5.3 Ausschreibung Verwaltungsrat Studierendenwerk

https://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Ausschreibungen/Aufruf_Verwaltungsrat.pdf

5.4 Ausschreibung für das Referat für Öffentlichkeitsarbeit (Agitation und Propaganda)

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Referat_Oeffentlichkeitsarbeit.pdf

5.5 Ausschreibung Referat politische Bildung

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_PolBi.pdf

5.6 Ausschreibung für die/den VS-Vertreter*in in den Fakultäten

Für alle Fakultäten, die bisher keine Fakultätsfachschaftssatzung oder in dieser keine entsprechende Regelung haben, entsendet der StuRa die VS-Vertreter*innen.

Momentan gibt es nur für die Fakultäten für Physik und Astronomie sowie Mathematik und Informatik eine entsprechende Regelung. Für alle anderen 10 Fakultäten entsendet der StuRa.

An den Fakultäten mit einer Studienfachschaft ist deren Satzung automatisch die Satzung der Fakultätsfachschaft, aber die Regelung muss explizit aufgenommen werden, sonst muss weiterhin der StuRa entsenden, dies betrifft folgende drei Fakultäten: **Theologische Fakultät, Juristische Fakultät, Fakultät für Medizin Mannheim der Uni Heidelberg.**

Solange eine entsprechende Regelung nicht existiert, entsendet der StuRa.

Vorschlag für eine Formulierung für die Satzung (vgl. Satzung Physik)

(1) Die Studienfachschaft Physik bildet zugleich die Fakultätsfachschaft Physik.

(2) Über die Entsendung in den Fakultätsrat nach § 65a (6) LHG beschließt [GREMIUM EINFÜGEN]

An den anderen Fakultäten müssten die Studienfachschaften der Fakultät eine Fakultätsfachschaftssatzung beschließen; Muster hierzu gibt es bereits. Am einfachsten wäre es aber vermutlich, wenn die betroffenen SFSen sich kurzschließen und im StuRa einen Vorschlag einbringen und mittelfristig an die Ausformulierung ihrer Fakultätsfachschaftssatzung gehen. Die betrifft folgende Fakultäten: **Philosophische Fakultät, Neuphilologische Fakultät, Fakultät für Verhaltens- und empirische Kulturwissenschaften, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fakultät für Chemie und Geowissenschaften, Fakultät für Medizin Heidelberg, Fakultät für Biowissenschaften.**

5.7 Ausschreibung für den/die Finanzreferent*in der VS

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_FinanzreferentIn.pdf

5.8 Aufruf zur Kandidatur für den Haushaltsausschuss

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Haushaltsausschuss.pdf

Haushaltsausschuss hat sich in Wirtschaftsausschuss unbenannt. (Satzung muss aber noch geändert werden für den Namen)

Der Ausschuss ist zurzeit unbesetzt.

5.9 Aufruf zur Kandidatur für die Sitzungsleitung

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Sitzungsleitung.pdf

5.10 Aufruf zur Kandidatur für den Wahlausschuss

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Wahlausschuss.pdf

Der Wahlausschuss ist derzeit unbesetzt.

5.11 Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Ökologie und Nachhaltigkeit

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle_und_Beschluesse/1/Beschluesse/Aufruf_%C3%96kologie_und_Nachhaltigkeit.pdf

5.12 Aufruf zur Kandidatur für das Gremien- und Konstitutionsreferat

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Referat_Konstitution_und_Gremien.pdf

Das Referat ist nur mit einer Referentin besetzt.

5.13 Aufruf zur Kandidatur für das Kulturreferat

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle_und_Beschluesse/1/Beschluesse/Aufruf_Kulturreferat.pdf

Das Referat nur mit einer Referentin besetzt.

5.14 Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Lehre und Lernen

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle_und_Beschluesse/1/Beschluesse/Aufruf_Lehre_und_Lernen.pdf

5.15 Aufruf zur Kandidatur für das Verkehrsreferat

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Verkehrsreferat.pdf

5.16 Aufruf zur Kandidatur für das Sozialreferat

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Sozialreferat.pdf

5.17 Aufruf für das Referat für internationale Studierende

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Referat_fuer_internationale_Studierende.pdf

Das Referat ist zurzeit nur mit einer Referentin besetzt.

5.18 Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Hochschulpolitische Vernetzung (Außenreferat)

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle_und_Beschluesse/1/Beschluesse/Aufruf_Au%C3%9Fen_neu.pdf

Das Referat ist nur mit einem Referenten besetzt.

5.19 Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Angelegenheiten des Studierendenwerks (StuWe-Referat)

5.20 Aufruf zur Kandidatur für das Queerreferat (Referat für Betroffene von sexualitätsbezogener Diskriminierung)

5.21 Aufruf zur Kandidatur für die Steuerungsgruppe Lehramt

Zum Wintersemester 15/16 sollen alle Lehramtsstudiengänge auf Bachelor und Master umgestellt werden und das Lehramtsstudium neu organisiert werden. Hierbei soll vor allem die Kooperationen zwischen Universität und PH gestärkt und institutionalisiert werden.

Die Steuerungsgruppe berät und entscheidet über einiges, was damit zusammenhängt.

Sie tagt auch in der vorlesungsfreien Zeit wöchentlich donnerstags von 13:00 bis 15:00.

Konkret sollen dort die Ausschreibungen für Professuren beschlossen werden.

Was sonst noch, wissen wir jetzt auch nicht so genau.

Wendet euch bei Interesse bitte an:

[situngsleitung@stura.uni-heidelberg.de](mailto:sitzungsleitung@stura.uni-heidelberg.de)

cc: lehramt@stura.uni-heidelberg.de

Für inhaltliche Fragen wendet euch an den AK Lehramt:

lehramt@stura.uni-heidelberg.de

Treffen: vgl. Homepage des AK Lehramt

<https://www.stura.uni-heidelberg.de/arbeitskreise/ak-lehramt.html>

5.22 Aufruf für studentische Mitglieder in der Gemeinsamen Kommission Geoarchäologie

Siehe unten – Senats-Ausschüsse 7.1

5.23 Aufruf zur Kandidatur für die Findungskommission Lehramt

<https://www.stura.uni-heidelberg.de/nachrichten/article/mitglieder-fuer-lehramts->

TOP 6: Info: Ausschreibung für Senats- und andere uniweite Ausschüsse

Hinweis: Sofern zu Info-Tagesordnungspunkten nicht das Wort gewünscht wird, wird hierüber nicht gesprochen. Wenn jemand es wünscht, kann man jedoch sehr wohl darüber reden – gerne auch in der nächsten Sitzung in einem ordentlichen Tagesordnungspunkt.

6.1 Gemeinsame Kommission Geoarchäologie (GKGA)

(Die GKGA ist zu vergleichen mit der GKTS). Da das Rektorat keinen direkt gewählten Fachrat will, wird im Senat eine Kommission gewählt, die als eine Art Fakultät und Studienkommission für den Studiengang fungiert.

Für die GKGA werden vor allem Studierende aus den direkt betroffenen Studiengängen gesucht, insbesondere aus dem Studiengang Geoarchäologie. Es sollten Studierende der Ur- und Frühgeschichte oder der Geowissenschaften kandidieren, es können formal aber auch Studierende der Klassischen Archäologie, Japanologie oder Chemie Lehramt kandidieren. Einzige Voraussetzung ist, dass man an einer der betroffenen Fakultäten immatrikuliert ist, egal für welches Fach oder welchen Studiengang.

Es wäre aber sehr schön, wenn auch jemand, der/die Geoarchäologie studiert oder studieren will, kandidiert.

6.2 Senatsausschüsse und -kommissionen

Komplette Ausschreibung:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Senatsausschuesse.pdf

Aktuelle Informationen zu den Senatsausschüssen:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/nachrichten/archive/2014/september/23/article/mitglieder-fuer-senatsausschuesse-gesucht.html>

TOP 7: Kandidaturen für Referate etc. des StuRa

7.1 Kandidaturen für die MatNatGesFak

(a) Kandidatur Cornelius Bauer (2. Lesung)

Liebe Mitglieder des StuRa,

mein Name ist Cornelius Bauer und ich würde mich gerne (zusammen mit Stefan Zentarra) als Vertreter in die Naturwissenschaftlich-Mathematische Gesamtfakultät (Senatsausschuss 5) entsenden lassen.

Ich studiere im 6. Semester Physik (Bachelor) und bin in der Fakultät für Physik und Astronomie seit zwei Jahren in diversen Gremien aktiv, beispielsweise dem Fakultätsrat und der Studienkommission. Ferner bin ich seit letztem Semester Vertreter der Fachschaft Physik in StuRa. Die momentanen Vertreter im Senatsausschuss der Naturwissenschaftlich-Mathematischen Gesamtfakultät haben deutlich formuliert, diese Aufgabe nicht mehr ausfüllen zu wollen. Wir halten

es für wichtig, weiterhin in diese Kommission Vertreter der Studierenden zu entsenden. Gegeben die enge Zusammenarbeit der Fachschaften Informatik, Mathematik und Physik haben wir auch Einblick in die Belange der Fakultät für Mathematik und Informatik, sodass bereits zwei von vier Fakultäten abgedeckt sind. In jüngerer Vergangenheit hatten wir außerdem vermehrt Kontakt zur Fachschaft Chemie. Dank der neuerdings geringen räumlichen Entfernung zur Fachschaft Biologie ist der Draht zu jener ebenfalls recht kurz. Mit der Fachschaft Geowissenschaften werden wir bei wichtigen Entscheidungen ebenfalls Rücksprache halten.

Die für die Studierenden wohl wichtigste Aufgabenbereich des genannten Senatsausschusses ist die Promotionsordnung der vier Fakultäten. Hier ist es wichtig, Rahmenbedingungen so beizubehalten, bzw. anzupassen, dass eine Promotion an den Fakultäten erfolgreich möglich ist. Ein Problem, das momentan zu bestehen scheint, sind Schwierigkeiten bei interdisziplinären Promotionen (z.B. am IWR, etc.). Sollte sich dies bei der weiteren Einarbeitung in die Aufgabenbereiche - welche durch die Arbeit im Fakultätsrat natürlich wesentlich erleichtert wird - bestätigen, so könnte dies ein Thema sein, das wir in diesem Ausschuss zur Sprache bringen.

Selbstverständlich werden wir bei allen Entscheidungen und Diskussionen des Ausschusses die Belange aller Studierenden der vier Fakultäten vertreten. Für alle weiteren Fragen stehen wir euch gerne in der Sitzung zur Verfügung.

Liebe Grüße
Cornelius

Persönliche Vorstellung.

Fragen:

1) Auch Antritt des Amtes, wenn Stefan nicht gewählt würde.
Wahrscheinlich schon.

2) Lieblingsbier?
Vom Onkel selbstgebraut: Groß-irgendwas

(b) Kandidatur Stefan Zentarra (2. Lesung)

Liebe Mitglieder des StuRa,

mein Name ist Stefan Zentarra und ich würde mich gerne (zusammen mit Cornelius Bauer) als Vertreter in die Naturwissenschaftlich-Mathematische Gesamtfakultät (Senatsausschuss 5) entsenden lassen.

Ich studiere im 6. Semester Physik & Mathematik (Bachelor) und bin in der Fakultät für Physik und Astronomie seit zwei Jahren in diversen Gremien aktiv, beispielsweise dem Fakultätsrat und dem Prüfungsausschuss. Ferner bin ich seit etwas mehr als einem Jahr Mitglied der Schlichtungskommission der VS.

Die momentanen Vertreter im Senatsausschuss der Naturwissenschaftlich-Mathematischen Gesamtfakultät haben deutlich formuliert, diese Aufgabe nicht mehr ausfüllen zu wollen. Wir halten es für wichtig, weiterhin in diese Kommission Vertreter der Studierenden zu entsenden. Gegeben die enge Zusammenarbeit der Fachschaften Informatik, Mathematik und Physik haben wir auch Einblick in die Belange der Fakultät für Mathematik und Informatik, sodass bereits zwei von vier Fakultäten abgedeckt sind. In jüngerer Vergangenheit hatten wir außerdem vermehrt Kontakt zur Fachschaft Chemie. Dank der neuerdings geringen räumlichen Entfernung zur Fachschaft Biologie

ist der Draht zu jener ebenfalls recht kurz. Mit der Fachschaft Geowissenschaften werden wir bei wichtigen Entscheidungen ebenfalls Rücksprache halten.

Die für die Studierenden wohl wichtigste Aufgabenbereich des genannten Senatsausschusses ist die Promotionsordnung der vier Fakultäten. Hier ist es wichtig, Rahmenbedingungen so beizubehalten, bzw. anzupassen, dass eine Promotion an den Fakultäten erfolgreich möglich ist. Ein Problem, das momentan zu bestehen scheint, sind Schwierigkeiten bei interdisziplinären Promotionen (z.B. am IWR, etc.). Sollte sich dies bei der weiteren Einarbeitung in die Aufgabenbereiche - welche durch die Arbeit im Fakultätsrat natürlich wesentlich erleichtert wird - bestätigen, so könnte dies ein Thema sein, das wir in diesem Ausschuss zur Sprache bringen.

Selbstverständlich werden wir bei allen Entscheidungen und Diskussionen des Ausschusses die Belange aller Studierenden der vier Fakultäten vertreten. Für alle weiteren Fragen stehen wir euch gerne in der Sitzung zur Verfügung.

Liebe Grüße
Stefan

Nachträglicher Antrag auf Dringlichkeit für Top 7.2.

Die Wahlen finden sehr bald statt, sodass jede Zeit, die zusätzlich zur Vorbereitung genutzt werden kann, wertvoll ist.

Keine Gegenrede – Dringlichkeit angenommen.

7.2 Kandidaturen für den Wahlausschuss

(a) Katharina Valjak (1. Lesung – Dringlichkeit beantragt)

Anmerkung der Sitzungsleitung: Jonathan Schneider hat seine Kandidatur zurückgezogen.

Liebe Sitzungsleitung,

hiermit kandidieren wir (Jonathan Schneider und Katharina Valjak) als Mitglieder für den Wahlausschuss für den StuRa.

Aktuell studieren wir im 3. Fachsemester Politische Wissenschaft (75%) und Psychologie bzw. Öffentliches Recht zu je 25% hier an der Uni Heidelberg.

Dem Studiengang naheliegend ist ein großes Interesse für demokratische Prozesse und deren Umsetzung, welches wir durch unsere ehrliche Begeisterung für ausgewogene Interessenvertretung und für die Repräsentation einer großen Zahl von Studierenden ergänzen.

Uns ist bewusst, dass die anstehenden Aufgaben ein hohes Zeitpensum umfassen und eine große Verantwortung darstellen.

Durch unser soziales und gesellschaftliches Engagement in verschiedenen Vereinen und Organisationen konnten wir in der Vergangenheit unsere Fähigkeiten im Umgang mit hohem Druck beweisen, ob als Wahlhelferin, KassenwartIn, in der Organisation von (komplexeren) Veranstaltungen sowie bei zahlreichen weiteren ehrenamtlichen Tätigkeiten.

Durch das Studium und auf freiwilliger Basis haben wir außerdem Informations- und Medienkompetenz sowie Journalismus- und Statistikkenntnisse erwerben können.

Uns ist es sehr wichtig, die leider bis jetzt niedrige Wahlbeteiligung und Bedeutung der Wahl(en) unter Studierenden zu steigern, indem wir uns aktiv in die Prozesse der Studierendenvertretung einbringen, und möchten dies in der Organisation sowie im Wahlausschuss widerspiegeln. Wir sehen es als unmittelbar notwendig an für diese Aufgaben keine parteipolitische Bindung zu haben, um so zugleich eine höhere Legitimation durch Unabhängigkeit zu garantieren.

Wir würden uns über nähere Informationen bezüglich der nächsten Schritte und die Möglichkeit Demokratie aktiv mitgestalten zu können sehr freuen.

Viele Grüße
Jonathan und Kathi

Persönliche Vorstellung Kathi. - Nur Wahl von Kathi

Fragen/Anmerkungen:

1) Bewirbst du dich nur wegen des Geldes?

-Nein, wusste nichtmal, dass es welches gibt.

2) Was machst du mit den 500 Euro?

-Wird spontan ausgegeben.

(b) Lukas Müller (1. Lesung – Dringlichkeit beantragt)

Sehr geehrte Damen und Herren,

über die Fachschaft Geschichte wurde ich informiert, dass noch Leute für den Wahlausschuss gesucht werden.

Ich wäre bereit diese Arbeit zu übernehmen und möchte daher gerne für den Wahlausschuss kandidieren.

Mein Name ist Lukas Müller, ich studiere Politikwissenschaft und Geschichte im zweiten Fachsemester. Während meiner Schulzeit habe ich bereits viele Posten in der Schülervvertretung übernommen und auch einige Wahlen organisiert.

Falls Sie noch mehr Informationen brauchen schreiben Sie mir einfach.

Mit freundlichen Grüßen
Lukas Müller

Persönliche Vorstellung.

Fragen/Anmerkungen.

1) Bewerbung nur wegen des Geldes?
-Nein.

2) Verwendung des Geldes?
-Lebenskosten finanzieren.

(c) Maximilian Wurzel (1. Lesung – Dringlichkeit beantragt)

Hallo liebe StuRa-Sitzungsleitung,

Mein Name ist Maximilian Wurzel, ich studiere im 2. Semester Jura und möchte gerne für einen Platz im Wahlausschuss für den Studierendenrat der Uni Heidelberg kandidieren. Ich finde die Arbeit und das Bestehen eines StuRa sehr wichtig für die gesamte Studierendenschaft. Daher suche ich schon seit dem ersten Semester eine Möglichkeit, mich hochschulpolitisch zu partizipieren. Möchte dies aber lieber politisch neutral halten. Eine Mitgliedschaft im Wahlausschuss böte mir die Chance, beides zu verbinden.

Ich freue mich auf eure Antwort.

Mit besten Grüßen

Maximilian Wurzel

Persönliche Vorstellung.

Fragen/Anmerkungen:

1) Politische Partizipation, aber neutral?
-Prinzipiell auch inhaltlich, aber noch keine Festlegung beabsichtigt.

2) Hast du letztes Mal gewählt?
-Ja.

3) Wie werden die 500 Euro aufgewandt?
-Ein gemeinsames Bier mit dem Fragesteller.

(d) André Müller (1. Lesung – Dringlichkeit beantragt)

Liebe Sitzungsleitung,

hiermit bewerbe ich mich für den Wahlausschuss des Studierendenrates. meine Name ist André Müller. Ich war bereits bis Dezember 2014 Mitglied des Wahlausschusses und verfüge daher über entsprechende Erfahrungen.

Zudem habe ich seit Dezember kommissarisch weiter gearbeitet, ich bewerbe mich nun entgegen meiner ursprünglichen Aussage erneut, da zum einen nicht genügend Kandidaturen vorhanden sind um den Wahlausschuss voll zu besetzen und zum anderen um die StuRa-Wahl zu organisieren, ich

habe hier in den letzten Wochen schon Vorarbeit geleistet und bin diesem Rahmen auch von der Wahlleiterin der Uni gebeten worden, die Arbeit im Wahlausschuss fortzuführen. Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Liebe Grüße
André

Persönliche Vorstellung.

Fragen/Anmerkungen.

(0) Hast du einen Schaden?

1) Weitermachen wegen des Geldes?
-Nein.

2) Nach der StuRa-Wahl Austritt geplant?
-Ja, wenn sich andere, sich weiterhin Engagierende finden.

7.3 Referat „Lehre und Lernen“

(a) Anna-Sophie Nickel (1. Lesung)

Liebe Kommiliton*innen,

in den letzten zwölf Monaten haben wir uns im Referat für Lehre und Lernen des StuRa für die Belange der Heidelberger Studis eingesetzt. Der Fokus in unserem Referat war vor allem der Abbau von Studienhindernissen und der Aufbau von Studienhilfen, allen voran der unentgeltlichen Rechtsberatung. Auch für Datenschutz und Datensparsamkeit haben wir uns eingesetzt und Erfolge erzielt. So haben wir die zuständigen Länderbehörden auf ein Datenleck in Moodle aufmerksam gemacht, das seit KW 17/2015 geschlossen ist und Dozierende darüber aufgeklärt, in welchen klar begrenzten Fällen Anwesenheit erfasst werden darf. Eine detaillierte Sammlung unserer Berichte befindet sich auf unserer Webseite. Wir würden uns freuen, wenn wir ein weiteres Jahr im Lele Referat arbeiten könnten. Themen, denen wir uns in den nächsten zwölf Monaten gerne widmen würden sind die Rechtsberatung, Lehramtsreform, Anwesenheitspflichten, Nachteilsausgleich für schwangere Studis.

Liebe Grüße,

Anna-Sophie Nickel
Fabian Kunz

[Anm. d. Sl.: Ein Bericht des Referats für Lehre und Lernen hängt als Anlage 1 an.]

(b) Fabian Kunz (1. Lesung)

Liebe Kommiliton*innen,

in den letzten zwölf Monaten haben wir uns im Referat für Lehre und Lernen des StuRa für die Belange der Heidelberger Studis eingesetzt. Der Fokus in unserem Referat war vor allem der Abbau von Studienhindernissen und der Aufbau von Studienhilfen, allen voran der unentgeltlichen Rechtsberatung. Auch für Datenschutz und Datensparsamkeit haben wir uns eingesetzt und Erfolge erzielt. So haben wir die zuständigen Länderbehörden auf ein Datenleck in Moodle aufmerksam gemacht, das seit KW 17/2015 geschlossen ist und Dozierende darüber aufgeklärt, in welchen klar begrenzten Fällen Anwesenheit erfasst werden darf. Eine detaillierte Sammlung unserer Berichte befindet sich auf unserer Webseite. Wir würden uns freuen, wenn wir ein weiteres Jahr im Lele Referat arbeiten könnten. Themen, denen wir uns in den nächsten zwölf Monaten gerne widmen würden sind die Rechtsberatung, Lehramtsreform, Anwesenheitspflichten, Nachteilsausgleich für schwangere Studis.

Liebe Grüße,

Anna-Sophie Nickel
Fabian Kunz

[Anm. d. Sl.: Ein Bericht des Referats für Lehre und Lernen hängt als Anlage 1 an.]

Abstimmung zum TOP Kandidaturen	Ja	Nein	Enthaltung
Stefan Zentarra – gewählt, Annahme schriftlich einholen - angenommen	28	5	4
Cornelius Bauer – gewählt - angenommen	28	3	6
Katharina Valjak – gewählt - angenommen	31	2	4
Lukas Müller – gewählt - angenommen	30	2	5
Maximilian Wurzel – gewählt - angenommen	28	4	5
André Müller – gewählt - angenommen	31	2	4

Persönliche Erklärung nach der Ergebnisverkündung von Thomas Rudzki.
„Wer die dreißig Silberlinge annimmt, der soll auch dazu stehen.“

TOP 8: Wahlen und Urabstimmungen

Hinweis: Sofern zu Info-Tagesordnungspunkten nicht das Wort gewünscht wird, wird hierüber nicht gesprochen. Wenn jemand es wünscht, kann man jedoch sehr wohl darüber reden – gerne auch in der nächsten Sitzung in einem ordentlichen Tagesordnungspunkt.

8.1 Info: Allgemeine Informationen

Die Ergebnisse der Urabstimmungen über Studienfachschaftssatzungen findet ihr hier:
http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Urabstimmungen_Ergebnisse.pdf

Die **Sprechstunde der AG Wahlen** ist freitags von 14:00 bis 16:00 Uhr.

Wahlausschuss trat geschlossen zum 23.12.14 zurück. Sie stehen aber für neue Mitglieder zur Einarbeitung zur Verfügung

Merkblatt zur **Konstitution der Studienfachschaften** (wird fortlaufend aktualisiert)
http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Merkblatt_Studienfachschaftenkonstitution.pdf

Auf der **Wahlseite** findet ihr auch die Termine für die Wahlen und Urabstimmungen in den einzelnen Fächern:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Wahlen_Fachschaftsraete.pdf

und die Ergebnisse der Fachschaftsratswahlen:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Fachschaftsraete/Fachschaftsraete_SoSe14.pdf

Hinweise: Sturawahlen. Deadline für Listeneinreichungen. 1.6.

Senats- und Fakultätswahlen: Für einige Fakultäten: Optionsfrist: 12.05.

8.2 Info: Fachratswahlen im Wintersemester 14/15

Im Wintersemester 14/15 sollten in allen Fächern die Wahlen zu den Fachräten statt finden und zwar in allen Statusgruppen. Bitte meldet die Wahlen an und benutzt das entsprechende Formular.

Ausführliche Informationen findet ihr hier:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/nachrichten/archive/2014/september/25/article/fachratswahlen-wise-2014.html>

8.3 Fachschaftsratswahlen

Bitte meldet eure Fachschaftsratswahlen an und verwendet das entsprechende Formular.

Wenn ihr eure Wahlen parallel zur StuRa-Wahl abhalten wollt, kontaktiert bitte vorher die Ag-Wahlen und den Wahlausschuss ob das möglich ist (wahlen@stura.uni-heidelberg.de).

Der Spätestmögliche Anmeldezeitpunkt für diese Wahlen ist dann der 14.05.2015.

8.4 Sprechstunde der AG-Wahlen

Die Sprechstunde ist weiterhin Freitag von 14-16 Uhr. Sollte sich der Termin ändern werden wir das rechtzeitig bekanntgegeben werden. Gäste und Interessierte sind immer herzlich willkommen.

8.5 Gremienwahlen - Wahlen zu Senat und Fakultätsräten

Einreichfrist für Vorschläge zu den Gremienwahlen ist Freitag, der 15.5., 16:00 im Wahlamt in der Univerwaltung, Seminarstr. 2. Zur Fristwahrung reicht notfallstestens ein Fax: HD 54-2688, aber dann auch dort anrufen: 54-2619.

Achtung für die heterogenen Fakultäten mit vielen Fächern: ein Tag vorher ist Feiertag, Himmelfahrt, d.h. Leute sind nicht da und FSen tagen nicht

Frist für die Option ist Dienstag, der 12.Mai!

Ihr findet alle Formulare beim Wahlamt

Das Gremienreferat kann in der StuRasitzung oder in der Sprechstunde auch Formulare ausgeben und Infos zu den Gremien geben.
Der StuRa-Wahlausschuss ist für diese Wahlen nicht zuständig!

TOP 9: Satzungen der Studienfachschaften

9.1 Änderung der Satzung der SFS Klassischen Philologie (2. Lesung)

An den StuRa wird der Antrag gestellt, § 3 der Satzung der Studienfachschaft Klassische Philologie wie folgt zu ändern:

Der alte Absatz (6)

(6) Die Amtszeit der Mitglieder des Fachschaftsrats beträgt ein Jahr. Sie endet mit der Neuwahl zu Beginn der Vorlesungszeit jedes zweiten Semesters.

soll geändert werden zu

(6) Die Amtszeit der Mitglieder des Fachschaftsrats beträgt ein Jahr. Die Amtszeit beginnt am 1. April.

Begründung:

Der Grund für die Änderung ist, dass die alte Fassung sich als nicht durchführbar erwiesen hat.

9.2 Abstimmung über Satzung der SFS Semitistik (2. Lesung)

Antragsstellerin: Kirsten Heike Pistel für das Gremienreferat

Anmerkung der Antragsstellerin:

Die erste Lesung fand im Januar [Anm. d. Sl.: 27.01.2015] statt, am 5.5 ist die Urabstimmung, das Ergebnis wird zur

StuRa-Sitzung hoffentlich vorliegen und dann kann die Satzung abgestimmt werden. Diese Abstimmung ist die zweite Lesung, da die erste Lesung mit der Bekanntgabe erfolgt ist.

Zweidrittelmehrheit ist nötig und Vertagung wäre sehr schlecht, da am 7.5. die Wahl des FSR erfolgen soll, damit sich die SFS konstituieren kann.

Antrag:

Antrag auf Aufnahme der Satzung der SFS Semitistik in den Anhang D der Organisationssatzung

Die SFS Semitistik will das SFRM mit leichten Modifikationen: die Mitgliedzahl im FSR soll mindestens zwei betragen, das StuRa-Mitglied soll entsandt werden und sich vertreten lassen dürfen. Dies wurde auch mit dem FSR Islamwissenschaft/Iranistik besprochen, da beide FSen kooperieren wollen. Das Gremienreferat stellt in Absprache diesen Antrag:

Das Regelmodell findet sich hier:

https://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Studienfachschaftsregelmodell_2013-05-31.pdf

Abstimmung zum TOP 9	Ja	Nein	Enthaltung
9.1 Klassische Philologie	34	0	0
9.2 Semitistik	32	0	0

Bekanntgabe: FS Ägyptologie und Assyrologie kooperieren ab demnächst.

TOP 10: Finanzanträge

Aussprache nach Top 6. Abstimmung regulär bei Top 10.

10.1 Finanzantrag delta e.V. (2. Lesung)

Antrag auf Zuschüsse

für das delta-Konstitutionswochenende im Sommersemester 2015

Antragssteller: Klara Griep

Wer wir sind:

delta-Philosophie Heidelberg e.V. ist eine gemeinnützige Studenteninitiative am Philosophischen Seminar, die Studierenden aller Fachrichtungen offen steht. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, uns mit gesellschaftsrelevanten Themen - sei es der Nah-Ostkonflikt, Pragmatismus, Pornographie oder zeitgenössische Kunst – mithilfe philosophischer Fragestellungen auseinanderzusetzen.

Vor diesem Hintergrund organisieren wir als interdisziplinär aufgestelltes Forum bei unseren wöchentlichen Treffen und in unseren Arbeitskreisen regelmäßig gut besuchte, unentgeltliche Vortragsreihen, Lesezirkel und Diskussionsrunden während der Vorlesungszeit.

Was finanziert werden soll:

Ein Teilbetrag der Miete für das Haus, das wir bei unserem Konstitutionswochenende beziehen. Wir beantragen 650,00 €.

Anliegen:

Unsere Mitgliederzahl hat während dem Wintersemester 2014/15 stark zugenommen (Steigerung von 4 auf 16 aktive Mitglieder) und wir gehen davon aus, dass dieser Trend anhält. Dadurch

ergeben sich für uns viele neue Perspektiven zur Schaffung verschiedener kultureller und gesellschaftspolitischer Bildungsangebote für die Studierenden. Um die damit einhergehende Vielzahl an Projekten besser koordinieren und vorbereiten zu können hat sich für den Verein kurzfristig die Notwendigkeit ergeben, erstmals ein Konstitutionswochenende zu veranstalten, das vom 23. bis 26. April 2015 stattfinden wird. Dieses Wochenende soll auch dazu dienen, den Zusammenhalt und die Kommunikation innerhalb der Gruppe zu fördern und durch Workshops neue Ideen anzuregen. Das Wochenende ist daher vor allem für diejenigen gedacht, die bereits Mitglied unseres Vereins sind, es steht aber grundsätzlich auch allen anderen interessierten Studierenden offen.

Die Tatsache, dass wir erst vor kurzem zu dem Schluss gekommen sind, dass ein solches Konstitutionswochenende erforderlich ist, hat zur Folge, dass wir uns mit diesem Antrag so spät an den StuRa wenden. Um uns eine finanzielle Planung zu ermöglichen, möchten wir den StuRa daher bitten, zeitnah über unseren Antrag zu entscheiden.

Die Kosten von Hausmiete und Endreinigung belaufen sich auf **1177,00 €**. Wir versuchen, die weiteren anfallenden Kosten wie Anfahrt und Verpflegung so niedrig wie möglich zu halten, indem wir die Verpflegung aus unseren privaten Küchen beisteuern und mit Privatautos anreisen. (Somit fallen allein weitere 170 € für den Sprit an.)

Um das Engagement in unserem Verein dennoch nicht von finanziellen Gründen abhängig machen zu müssen, würden wir eine finanzielle Unterstützung seitens des StuRas sehr begrüßen und uns über die Erstattung eines Teilbetrags (**650 €**) der anfallenden Kosten für das Haus freuen, sodass wir unsere Teilnehmerbeiträge auf 50 € senken können.

Kein weiterer Redebedarf.

Abstimmung:

Dafür: Mehrheit auf Sicht/Alle-6

Dagegen: 0

Enthaltungen: 6

Antrag angenommen.

10.2 Finanzierung des Wirkcamps Heidelberg (2. Lesung)

Finanzvolumen des Antrags:

Für die Finanzierung unseres Wirkcamps beantragen wir 500 Euro.

Wer seid ihr:

mein Name ist Lena Appel und ich promoviere seit drei Wochen an der Universität Heidelberg. Zusammen mit Adrian van Kan, Karsten Mosny und Felix Riexinger, die alle drei Physik studieren, organisiere ich vor Ort das Wirkcamp in Heidelberg, das vom 6.-9.8.2015 stattfindet.

Das Wirkcamp selbst wird von einem Verein getragen, sodass weitere Leute bei der Planung beteiligt sind: <http://synagieren.de>.

Ein Wirkcamp ist eine gemeinnützige Veranstaltung, bei der an einem Wochenende in 6-8 Arbeitsgruppen konkrete Projekte aus den Themenbereichen Nachhaltigkeit, Ökologie oder zu sozialen Problemstellungen stattfinden. Zielsetzung bei der Konzipierung der Arbeitsgruppen ist es, langfristig und vor Ort einen Nutzen für die Gesellschaft und / oder eine Plattform für Engagement zu schaffen, die über den direkten Rahmen des Wirkcamps hinausgehen. Es fand schon in vielen anderen Städten Deutschlands statt, wobei von der Anlegung eines Beetes, über die Anfertigung einer Homepage zu ökologischen Textilizertifikaten über die Initiierung einer Crowdfunding-Campagne für einen integrativen Betrieb, alles dabei war. Mehr Information findet man auch unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Synagieren>.

Zu erreichen bin ich unter 01765140 6885, lena.appel@gmx.net und ich wohne in der Rohrbacherstr. 197.

Was soll finanziert werden:

Die Finanzposten sind unten aufgezählt, wobei wir Unterstützung für die allgemeine Verpflegung, und die Aufwandsentschädigung der Referenten beantragen möchten. Die beantragte Summe habe ich in rot vor der Gesamtsumme, die der jeweilige Posten benötigt, notiert.

Die Teilnehmenden sind darüberhinaus dazu aufgefordert einen freiwilligen Eigenanteil von ca 20Euro zur Verpflegung beizutragen.

Raummiete (für AGs, Präsentationen, Abendprogramm etc.)	€0 von € 500,00
3. Arbeitsmaterialien (ca. 150 Euro pro AG, 8 AGs), siehe Anhang	€0 von € 1.200,00
4. Material Öffentlichkeitsarbeit (Flyer, Plakate, etc.)	€0 von € 400,00
5. sonstige Sachkosten	€0 von € 200,00
6. Unterbringung Teilnehmende, AG-Leiterinnen	€0 von € 900,00
7. Vollverpflegung aller Mitwirkenden	€300 von € 1.500,00

8. An-/Abreise ReferenUinnen, AG-Leiter/innen	€0 von € 500,00
9. Fahrt-/Transportkosten vor Ort	€0 von € 150,00
10 . Aufwandsentschädigungen für ReferenUinnen	€200 von € 300,00

Worum geht es in dem Antrag:

Da die große Mehrheit der Teilnehmer und Organisatoren Studenten sind und viele dieser Studenten aus der Stadt kommen, in der das Wirkcamp stattfindet, war der Stura der natürlich Ansprechpartner bei unserer Bitte um Unterstützung.

Warum ist das Wirkcamp für Studenten attraktiv?

Zum einen laden wir Forscher ein, die ihre Arbeit aus dem Bereich Wirtschaft, Ökologie und Nachhaltigkeit im Zuge des Rahmenprogramms vorstellen. Bisher hatten wir auch Koryphäen wie Prof. Radermacher vom Club of Rome eingeladen und wollten diesmal dazu übergehen jüngeren Forschern das Wort zu erteilen, sodass ihre Arbeit diskutiert werden kann. Die Vorträge sind offen für alle.

Außerdem begegnet man beim Wirkcamp unabhängig von Parteizugehörigkeit, Konfession und sonstigen Überzeugungen Menschen (und vor allem anderen Studierenden), die daran interessiert sind vor Ort nachhaltige oder soziale Projekte zu unterstützen. Insbesondere lernt man gemeinnützige Initiativen vor Ort kennen (bestätigte Projektpartner sind das Amt für Umweltschutz Heidelberg, der Radhof in der Bergheimerstr., angefragt werden "Essbares", "Appel un' Ei", der Weltladen... uvm.) und man erhält Einblick in die Arbeitsweise von verschiedenen gemeinnützigen Organisationen (z.B. durch eine AG Öffentlichkeitsarbeit für Synagieren). Die konkret ausgearbeiteten 9 Arbeitsgruppenideen werde ich anhängen. Aus eigener Erfahrung als Teilnehmende in Freiburg kann ich bestätigen, dass das Wirkcamp aus diesem Grund sehr bereichernd für mich war.

Hierbei ist auch eine Kooperation mit mehreren Hochschulgruppen angedacht, wobei ich bis jetzt von "Fossil Free" positive Rückmeldung erhalten habe.

Weitere Informationen:

Bei der Jugendstiftung haben wir bereits 1600 Euro beantragt. Wir wollen uns noch an BUND und Nabu wenden.

(a) Änderungsantrag des Antragsstellers

Ändere das Finanzvolumen von 500€ auf **1200€**

Verwendung:

Raummiete (für AGs, Präsentationen, Abendprogramm etc.)	€0 von € 500,00
3. Arbeitsmaterialien (ca. 150 Euro pro AG, 8 AGs), siehe Anhang	€0 von € 1.200,00
4. Material Öffentlichkeitsarbeit (Flyer, Plakate, etc.)	€400 von € 400,00

5. sonstige Sachkosten	€0 von € 200,00
6. Unterbringung Teilnehmende, AG-Leiterinnen	€0 von € 900,00
7. Vollverpflegung aller Mitwirkenden	€300 von € 1.500,00
8. An-/Abreise Referent/innen, AG-Leiter/innen	€200 von € 500,00
9. Fahrt-/Transportkosten vor Ort	€0 von € 150,00
10. Aufwandsentschädigungen für ReferentInnen	€300 von € 300,00

Begründung der Änderung:

-Falsche Einschätzung der erstattungsfähigen Obergrenze. Weniger von der Jugendstiftung als erwartet erstattet bekommen.

-Einige namhafte ReferentInnen. Diverse Zusammenarbeiten mit Hochschulgruppen und anderen Initiativen in Heidelberg.

Keine Nachfragen.

Abstimmung Änderungsantrag:

Dafür: 22

Enthaltungen: 8

Dagegen: 5

Änderungsantrag angenommen.

Abstimmung über (geänderten) Antrag:

Dafür: 20

Enthaltungen: 8

Dagegen: 5

Antrag angenommen.

10.3 Finanzierung von GoAhead e.V. (2. Lesung)

Finanzvolumen des Antrags:

540 Euro

Wer seid ihr:

Charlotte Felbinger

GoAhead! e. V.

Hochschulgruppe Heidelberg

heidelberg@goahead-organisation.de

Was soll finanziert werden:

Roll Up: 100€

Poetry Slam 11.06.2015:

Nebenkostenpauschale für die Neue Aula: 300€

A2 Plakate (100 Stück), Flyer (1000 Stück) und Eintrittskarten (250) : 140€

Worum geht es in dem Antrag:

Der gemeinnützige und von Studierenden initiierte Verein *GoAhead! e.V.* engagiert sich für die Unterstützung von Bildungsprojekten für marginalisierte Kinder und Jugendliche im südlichen Afrika. Gefördert werden vor allem Kinder, die ihre Eltern durch Aids verloren haben. Ziel des Vereins ist es, den Kindern und Jugendlichen Zugang zu Bildung zu ermöglichen und ihnen somit neue Zukunftsperspektiven zu bieten.

Dieses Jahr veranstalten wir, nach großem Erfolg im letzten Jahr, nun schon zum zweiten Mal einen Poetry Slam unter dem Motto "Profs vs. Profis" an der Universität Heidelberg. Bei dieser Veranstaltung treten Professoren unserer Universität und „Stars der Szene“ für den guten Zweck gegeneinander an. Die Erlöse der Veranstaltung fließen in unsere Bildungsprojekte im südlichen Afrika, über die auch während der Veranstaltung genauer informiert wird.

Für die diesjährige Auflage der Veranstaltung konnten wir erfreulicherweise die Neue Aula gewinnen. Für die Nutzung der Räumlichkeiten stellt uns die Universitätsverwaltung eine Nebenkostenpauschale von 300€ in Rechnung. Zudem fallen Kosten für Werbematerialien rund um die Veranstaltung an. In diesem Zusammenhang bitten wir auch um finanzielle Unterstützung für ein Roll Up, das über die Inhalte von Go Ahead und die Arbeit unserer Hochschulgruppe informieren soll und auf unseren diversen Veranstaltungen zum Einsatz kommen soll.

Unsere Hochschulgruppe und speziell der öffentlichkeitswirksame Poetry Slam „Profs vs. Profis“ bringt sozial engagierte Studierende aller Fachrichtungen zusammen und fördert zudem ein enges Verhältnis zu den Professoren unserer Fakultäten, die als Slammer an der Veranstaltung teilnehmen. Auch seitens der Studierenden erhielten wir nach der Auflage im vergangenen Jahr viel positives Feedback.

Da Go Ahead komplett ehrenamtlich geführt wird und 100% aller Spenden direkt in unsere sozialen Projekte fließen, sind wir in unserer Arbeit von externen Fördermitteln abhängig und würden uns daher über die finanzielle Unterstützung durch den Studierendenrat sehr freuen.

Keine Ergänzungen, kein Redebedarf.

Abstimmung:

Dafür: 35

Enthaltungen: 1

Dagegen: 0

Antrag angenommen.

10.4 Typisierungsaktion am 19.04 (2. Lesung)

Anm. d. Sl.: Der Antrag wurde vom Antragssteller in der Begründung modifiziert. Eine Änderung des Finanzvolumens hat nicht stattgefunden.

Finanzvolumen des Antrags:

Wir beantragen 2000€ über die Studierendenrat-Sitzung.

Wer seid ihr:

Uni hilft (Arbeitskreis der Fachschaft Medizin)

Pia Frey

unihilft@fsmmed.uni-hd.de

<http://fsmmed.zbt.uni-heidelberg.de/getsimple/index.php?id=uni-hilft>

Fachschaft Medizin Heidelberg

Im Neuenheimer Feld 306

69120 Heidelberg

Was soll finanziert werden:

Aktionstag Typisierung bzw. die Erhaltung der Kooperation mit B.L.u.T. e.V.

Worum geht es in dem Antrag:

Der Arbeitskreis ´Uni hilft´ organisiert jährlich Typisierungsaktionen an der Uni Heidelberg um das Stammzellspenderregister zu erweitern. Gleichzeitig sehen wir es als Aufgabe an, die Öffentlichkeit über Blutkrebs aufzuklären und das Bewusstsein zu bilden, dass eine Typisierung Leben retten kann und deswegen selbstverständlich sein sollte.

Dieses Jahr organisierten wir am 19. April 2015 die letzte Typisierungsaktion in der „Krehl-Klinik“, der Universitätsklinik für Innere Medizin.

Das besondere an unserer Typisierungsaktion ist, dass sie für die Spender kostenlos ist!

Da eine Typisierung 50€ kostet und wir leider wegen mangelnder kooperativer Sponsoren B.L.u.T. e.V. bei der Finanzierung bisher wenig unterstützen können, wäre es toll, wenn der StuRa diese wichtige Aktion unterstützt, um sie auch in den nächsten Jahren möglich zu machen.

B.L.u.T e.V. kann verständlicherweise diese Kosten nicht jedes Jahr alleine stemmen. Natürlich erhoffen wir uns auch noch am Aktionstag einzelne Spenden, die das Grundproblem aber nicht lösen werden. Mit den bereitgestellten Mitteln des StuRa wollen wir an B.L.u.T. e.V. vor allem ein Signal geben, dass wir uns bemühen, die Aktion wichtig ist, sie wieder stattfinden soll und wir uns natürlich nächstes Jahr wieder -diesmal mit noch mehr Engagement- um die Sponsorsuche bemühen werden!

Diese Aktion befasst sich unmittelbar mit den sozialen Belangen der Studierenden ermöglicht sie doch im besten Fall, dass für einen erkrankten Patienten zeitnah ein passender Spender gefunden werden kann. Außerdem wollen wir mit dieser Aktion das staatsbürgerliche humanitäre Verantwortungsbewusstsein der Studierendenschaft fördern und aufzeigen, auf welche einfache Art und Weise man einem dieser Menschen in Not helfen kann.

Weitere Informationen:

Es wurde bereits in einer Referatekonferenz vom 24.02.2015 einen Antrag von 500€ gestellt, der aber vor allem zur Finanzierung des PR-Rahmens genutzt wurde. Dazu gehören Tshirts, Postkarten

und Plakate, die wir euch gerne in der Sitzung noch einmal vorstellen.

Weitere Erklärung:

Lieber Studierendenrat, liebe Vorsitzende,

als Arbeitskreis "Uni hilft!" der Fachschaft Medizin Heidelberg veranstalten wir am Sonntag, den 19. April wieder einmal die Aktion kostenlose Knochenmarkstypisierung in der Medizinischen Klinik.

Da eine Typisierung 50€ kostet und wir leider wegen mangelnder kooperativer Sponsoren B.L.u.T. e.V. bei der Finanzierung bisher wenig unterstützen können, wäre es toll, wenn der Stura diese wichtige Aktion unterstützt, um sie auch in den nächsten Jahren möglich zu machen.

B.L.u.T e.V. kann diese Kosten nicht jedes Jahr alleine stemmen. Natürlich erhoffen wir uns auch noch am Aktionstag einzelne Spenden, die das Grundproblem aber nicht lösen werden. Mit den bereitgestellten Mitteln des Stura wollen wir an B.L.u.T. e.V. vor allem ein Signal geben, dass wir uns bemühen, die Aktion wichtig ist, sie wieder stattfinden soll und wir uns natürlich nächstes Jahr wieder -diesmal mit noch mehr Engagement- um die Sponsorensuche bemühen werden!

Da wir diesmal mit einer ehrgeizigen PR-Kampagne auf die Aktion aufmerksam gemacht haben, um möglichst viele Menschen dazu zu bringen, sich typisieren zu lassen, erwarten wir auch für das Wochenende regen Besuch. In der kommenden Sitzung werden wir dann auch gerne von dem Erfolg berichten.

Im Anhang findet ihr den von euch online gestellten Antrag_Finanzen, den wir ausgefüllt haben.

Falls ihr Rückfragen habt, stehen wir euch gerne zur Verfügung.

Wir würden uns übrigens sehr darüber freuen, wenn der Stura uns auch persönlich an diesem Tag besucht und sich gemeinsam typisieren lässt!

Freundliche Grüße,

der Arbeitskreis Uni Hilft

Kein Redebedarf.

Abstimmung:

Dafür: Mehrheit auf Sicht

Enthaltungen: 2

Dagegen: 1

Antrag angenommen.

10.5 Islamwoche 2015 (2. Lesung)

Finanzvolumen des Antrags:

500€ - Eine Teilfinanzierung durch den StuRa wird beantragt

Wer seid ihr:

Muslimische Studierenden Gruppe Heidelberg e. V.

Projekt Co-Leiter Fatma Kurt und Obada Alhalabi unter iwohd2015@gmail.com

c/o StuRa-Büro

Albert-Ueberle-Straße 3-5

69120 Heidelberg

info@msg-heidelberg.de

Webseite: www.msg-heidelberg.de

Was soll finanziert werden:

Reisekosten, Hotelkosten, PR-Kosten + Aufhängegebühr, Buffet, Honorar

Worum geht es in dem Antrag:

Im Zeitraum vom 25.05.2015 bis zum 05.06.2015 plant die MSG Heidelberg e. V. eine Reihe von Veranstaltungen unter dem Namen ‚Islamwochen 2015‘, in der verschiedene Aspekte des Islam beleuchtet werden sollen. Dabei sollen vor allem auch aktuelle politische, theologische und soziale Themen aufgegriffen werden.

Bürgerinnen und Bürgern sowie Studierenden soll im Rahmen dieses Projekts die Möglichkeit geboten werden, sich über den Islam zu informieren und sich in den anschließenden Diskussionen dazu zu äußern und auszutauschen. Damit soll der Dialog zwischen Muslimen und Nichtmuslimen gefördert werden, da dies die beste Möglichkeit ist, Missverständnissen vorzubeugen und Vorurteile abzubauen.

Zur finanziellen Unterstützung haben bereits zugesagt:

Robert-Bosch-Stiftung

Dr. Buhmann Stiftung für interreligiöse Verständigung

Islamic Relief Deutschland

Konzept der Islamwoche:

Zusammenfassung

Die Muslimische Studierendengruppe (MSG) Heidelberg ist eine als gemeinnützig anerkannte Hochschulgruppe der Ruprecht-Karls-Universität. Für das Jahr 2015 plant die MSG Heidelberg ein gemeinschaftliches Projekt, um den Dialog zwischen Muslimen und Nichtmuslimen zu fördern, Vorurteile über den Islam abzubauen und gemeinsame Zukunftsperspektiven in Deutschland zu diskutieren.

Hintergrund

Die Entwicklungen in islamischen Ländern, kombiniert mit einseitiger Berichterstattung einiger Medien und einer Zunahme an Einfluss radikaler Gruppen, hat in den letzten Jahren die Kluft zwischen Muslimen und Nichtmuslimen erweitert. Doch für viele Fragen über den Islam findet ein Nichtmuslim kaum Antworten, die die Religion tatsächlich repräsentieren, da ein Dialog auf verschiedenen Ebenen fehlt, und genau das stellt den perfekten Nährboden für traditionsbasierte Vorurteile dar.

Motivation

Im Zeitraum vom 25.05.2015 bis zum 05.06.2015 plant die MSG Heidelberg eine Reihe von Veranstaltungen, in der verschiedene Aspekte des Islam beleuchtet werden sollen. Dabei sollen vor allem auch aktuelle politische, theologische und soziale Themen aufgegriffen werden. Bürgerinnen und Bürgern sowie Studierenden soll im Rahmen dieses Projekts die Möglichkeit geboten werden, sich über den Islam zu informieren und sich in den anschließenden Diskussionen dazu zu äußern und auszutauschen. Damit soll der Dialog zwischen Muslimen und Nichtmuslimen gefördert werden, da dies die beste Möglichkeit ist, Missverständnissen vorzubeugen und Vorurteile abzubauen.

Die lange interkulturelle Tradition und die Weltoffenheit der Universitätsstadt, die jedes Jahr Tausende von internationalen Studierende und Wissenschaftler nach Heidelberg zieht, spielt hierbei eine unterstützende Rolle, nicht nur im Hinblick auf die Gelegenheit, die Vielfalt des Islam zu präsentieren. Muslime bekommen hier die Chance, ihre Religion akademisch und analytisch zu präsentieren, Brücken zu bauen und Grenzen abzuschaffen, was sich auf die Integration fördernd auswirken sollte.

Projektskizze

Dieses Projekt möchten wir als MSG Heidelberg in Kooperation mit Partnern aus der regionalen Politik, Kultur und Wissenschaft durchführen. Unsere Zielgruppe sind Heidelberger Bürgerinnen und Bürger sowie Studierende.

Wir planen eine Vortragsreihe im Zeitraum vom 25.05.2015 bis zum 05.06.2015 in den Hörsälen der Ruprecht-Karls-Universität (Hörsäle der Neuen Universität). Diese umfasst Vorträge zu den folgenden übergeordneten Themen, die noch von den einzelnen Referenten spezifiziert werden müssen:

- Gerechtigkeit und Menschenrechte im Islam, vor allem auch im Bezug auf die Frau
- Islam und die Umwelt
- Demokratie und Islam - Islamischer Staat, möglicherweise Einbeziehung der aktuellen Geschehnisse
- Welche Stellung haben Minderheiten im Islam? Welchen Schutz gewährt der Islam den Minderheiten
- Sunniten und Schiiten
- islamische Kunst und Wissenschaft

Die Vorträge sollten etwa 45 Minuten dauern. Anschließend sind jeweils 30 Minuten für eine Diskussion anberaumt.

Bereits zugesagt haben:

1. Der Künstler Hasan Temiztürk, der ehemals als Dozent für islamische Ästhetik an der Goethe-Universität in Frankfurt am "Institut für Studien der Kultur und Religion des Islam" Kalligraphie gelehrt hat, wird eine 30-minütige Präsentation zu islamischer Kunst halten und im Anschluss daran ein (anmeldungspflichtiges) Workshop zu "Islamischer Kalligraphie" anbieten.

2. Dr. iur. Çefli Ademi, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Nachwuchsgruppe „Theologie der Barmherzigkeit“ hat für einen Vortrag im Themenbereich "Islam und Gerechtigkeit" zugesagt. Sein CV kann unter dem folgenden Link nachgelesen werden: http://www.uni-muenster.de/ZIT/Postdocs/personen_ademi_cefli.html .

3. Moussa Al-Hassan Diaw, M.A. Dipl.-Paed., derzeit Doktorand an der Universität Osnabrück und Beiratsmitglied der Bosch-Stiftung im Projekt "Muslimische Gemeinden als kommunale Akteure" und weiterer diverser Stiftungen, hat für einen Vortrag im Themengebiet "Minderheiten im Islam - Antisemitismus" zugesagt: http://studip.uni-osnabrueck.de/extern.php?module=Persondetails&range_id=49ce7409e6d0339a42b2f3626cd72647&username=adiaw&seminar_id=f00227184a154e081bab030c3e489f0c&global_id=909fe8e8141aaf5001852f4d02de97cb

4. Sukhni Alhakam, M.A., hat Islamwissenschaften, Judaistik und Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Völkerrecht an der Universität zu Köln studiert und ist derzeit Dozent an der Universität Osnabrück, hat für einen Vortrag im Themengebiet "Islam und Demokratie" zugesagt.

5. Asad Q. Ahmed, Ph.D. (Princeton University, 2007) Associate Professor of Arabic and Islamic Studies in the Department of Near Eastern Studies, the University of California, Berkeley hat für einen Vortrag im Themenbereich "Islam and Science" zugesagt

Ferner werden wir im Laufe des Projektes ideell von folgenden Personen/Instituten unterstützt:
Rat muslimischer Studierenden & Akademiker

Weitere mögliche Kooperationspartner, mit denen wir bezüglich der Finanzierung Kontakt aufgenommen haben und deren Antwort noch aussteht sind im Folgenden aufgeführt:

- Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg:
 - Seminar für Sprachen und Kulturen des Vorderen Orients: Islamwissenschaften und Iranistik
 - Studentenwerk Heidelberg
 - Büro des Studierendenrats Heidelberg
- Robert-Bosch-Stiftung
- Buhmann-Stiftung

Perspektiven

Die MSG Heidelberg möchte mit dem hier vorgestellten Projekt einen Beitrag zur Verständigung und dem Dialog zwischen den Religionen leisten und gleichzeitig integrationsfördernde Impulse setzen. Das Projekt erzielt, dass Muslime sowie Nichtmuslime die Chance bekommen, sich gegenseitig zu verständigen und Vorurteile durch selbst gemachte Erfahrungen zu revidieren. Die MSG ist bestrebt eine Plattform zum gegenseitigen Kennenlernen zu bieten, um Ängste abzubauen, Toleranz und Vertrauen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen zu fördern und damit die Integration zu unterstützen. Diese Vortragsreihe soll einen akademischen und kritischen Blick auf den Islam ermöglichen, frei von Vorurteilen.

[Kosten- und Finanzierungsplan \(online abzurufen\)](#)

Persönliche Vorstellung des Vorhabens:

Fragen:

1) Seit wann besteht die MSG (Interessensfrage)
Seit mindestens 5 Jahren. Seit letztem Jahr Vereinsstatus.

Abstimmung:
Dafür: Mehrheit auf Sicht
Enthaltungen: 2
Dagegen: 0

Antrag angenommen.

10.6 festival contre le racisme 2015 (2. Lesung)

Finanzvolumen des Antrags:

Beantragte Summe: **4390€**

Gesamtkosten des Festivals: 8900€

Kostenaufteilung:

☐ **Feste Zusagen:**

- **Stadt: 1980€**
- **Heinrich-Böll-Stiftung: 500€**

☐ **Gestellte Anträge:**

- **StuRa (Uni Heidelberg): 4390€**
- **Stupa (PH Heidelberg): 2030€**

Wer seid ihr:

Festival contre le racisme
Estella Tambini
Dreikönigsstraße 6
69117 Heidelberg

festivalmail@stura.uni-heidelberg.de
contrelracismehd.wordpress.com

Was soll finanziert werden:

Veranstaltung	Honorar	Fahrtkosten	Übernachtung	Sonstiges	Gesamt
Multimedialesung Mutlu Ergün	300€	110€	60€	Verpflegung: 50€	520€
Sprache und Ausgrenzung Prof.Dr.Lobenstein-Reichmann	150€	100€	60€		310€
Frontex und Grenzregime	150€	70€			220€

N.N.					
Muslimfeindlichkeit – warum? Dr.Luay Radhan	150€	10€			160€
Asyldialoge	500€	500€		Raummiete: 400€	1400€
Diskussion nach Asyldialoge Rex Osa und N.N.	300€	100€			400€
Regionale Verstrickungen der NSU Michael Weiß	150€	80€			230€
Straßentheater	300€				300€
Abschlussparty				Raummiete: 400€	400€
Werbung (Grafikerin und Druck)					350€
Merchandise (Buttons, Taschen,...)					100€
Gesamtsumme					4390€

Worum geht es in dem Antrag:

Vom 6. - 13. Juni 2015 wollen wir zum fünften Mal in Heidelberg eine Plattform bieten, auf der sich interessierte Menschen mit unterschiedlichen Aspekten von Rassismus auseinandersetzen können. Das Festival soll einen Beitrag zu einer offeneren Gesellschaft leisten, in der alle Menschen gleichberechtigt miteinander leben können.

Durch eine Mischung von intellektuellen Veranstaltungen (Vorträge, Workshops usw.) aus unterschiedlichen Blickwinkeln, Kunstausstellungen, Musik- und Theaterauftritten und einem interkulturellen Fest bietet das Festival ein breit gefächertes Angebot. So entsteht eine Aktionswoche, in der sich nicht nur Studierende, sondern Menschen aller Altersgruppen über Themen wie Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung im Alltag, Flüchtlingspolitik und die Situation ausländischer Bewohner*innen informieren und angeregt diskutieren können.

Unsere Themenschwerpunkte für dieses Jahr sind:

- (1) Verschiedene Formen von Rassismus mit einem Fokus auf Alltagsrassismus und der Rolle von Sprache in der Produktion und Reproduktion rassistischer Denkmuster
- (2) Flüchtlingspolitik und die Situation von Geflüchteten auf regionaler und auf europäischer Ebene
- (3) Islamophobie und Islamfeindlichkeit

Das *festival contre le racisme* in Heidelberg steht in Verbindung mit der bundesweiten dezentralen Kampagne unter der Leitung des freien Zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs). Mehr Informationen unter: www.contre-le-racisme.de.

Weitere Informationen:

Diesem Antrag liegt eine Tabelle mit der genauen Auflistung der Kosten bei.

[https://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle_und_Beschluesse/2/Sitzungsunterlagen/Sitzungsunterlagen_21042015_Finanzantrag-FestivalContreRacismeFinanzplan.pdf]

Persönliche Vorstellung.

Fragen/Anmerkungen:

1) Genauere Kostenaufteilung?

Wird in der Sitzung gezeigt.

2) Was sind die Asyldialoge?

Das Format gibt es seit einigen Jahren. In der Form des Reportagentheaters werden persönliche Texte vorgelesen.

3) Was ist das Straßentheater?

Die Schauspielgruppe der PH wird dieses aufführen. Es macht nur einen kleinen Kostenbetrag aus.

4) Auch Veranstaltungen zu Rechtsterrorismus („NSU“)? (Tendenz zu Rechtsterrorismus nimmt zu)

Ist vorgesehen.

5) Werden Flüchtlingen in/aus Heidelberg eingeladen?

Es sind Gespräche mit Flüchtlingen, die zurzeit in Heidelberg leben, geplant.

Abstimmung:

Dafür: 19

Enthaltungen: 17

Dagegen: 0

Antrag angenommen.

10.7 Vortragsreihe Interdisziplinäre Arbeitsgemeinschaft Tierethik (IAT) (1. Lesung)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Interdisziplinäre Arbeitsgemeinschaft Tierethik (IAT) veranstaltet im Sommersemester 2015 zum dritten Mal eine öffentliche Vortragsreihe mit externen Referenten an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Die Vortragsreihe wird von Studierenden und Promovierenden der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und der Universität Mannheim organisiert. Die Veranstaltungen stehen allen Interessierten offen.

Unser Ziel ist es, die Themenbereiche Tierethik und Tierrechte Studierenden und der

breiten Öffentlichkeit näher zu bringen. Damit beabsichtigen wir, einem Bewusstseinswandel in Bezug auf das Mensch-Tier-Verhältnis Rechnung zu tragen, der sich aktuell beobachten lässt und der nicht nur von wissenschaftlicher, sondern von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung ist.

Um ein möglichst umfassendes Bild der vielfältigen und komplexen ethischen Fragestellungen und Herausforderungen beim Umgang des Menschen mit Tieren in verschiedenen Handlungsbereichen zu vermitteln, sollen Beiträge aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen versammelt werden. In diesem Jahr soll der Grundstein zu einer regelmäßigen, monatlich stattfindenden Veranstaltungsreihe gelegt werden mit dem Titel:

„Tierethik-Akademie“

Diese Veranstaltungsreihe soll langfristig nicht nur Gastvorträge externer Referenten umfassen, sondern auch dem akademischen Nachwuchs eine Plattform bieten, eigene Arbeiten mit tierethischem Bezug vorzustellen bzw. Seminar-ähnliche Informations- und Einführungsveranstaltungen zu organisieren.

Vor diesem Hintergrund möchten wir Sie gerne um finanzielle Unterstützung unseres Projekts bitten, das einerseits das Veranstaltungsangebot der Universitäten Heidelberg und Mannheim fächerübergreifend bereichert, andererseits aber auch einer breiten Öffentlichkeit den Zugang zu den Themenbereichen Tierethik und Tierrechte ermöglicht und damit den gesamtgesellschaftlichen Diskurs über die ethischen Dimensionen der Mensch-Tier-Beziehungen fördert.

Hierbei beschränkt sich unser Engagement nicht nur auf die Ausrichtung der Vortragsreihe selbst, sondern umfasst auch die Bereitstellung der aufgezeichneten Vorträge auf unserer Website (www.ag-tierethik.de)

sowie eine inhaltliche Nachbereitung in Form von

Kurzzusammenfassungen, die ebenfalls online abrufbar sein werden. Diese Angebote sind natürlich frei zugänglich und kostenfrei.

Im letzten Jahr haben im Durchschnitt rund 40 Personen unsere Vorträge besucht. Aus der ersten Veranstaltungsreihe ging ein Sammelband hervor, der in Fachkreisen positive Resonanz erzeugt und zur Etablierung der Vortragsreihe beigetragen hat. Durch die Bereitstellung der Vorträge und entsprechender Zusammenfassungen auf unserer Website ebenso wie durch umfassendes Engagement in sozialen Netzwerken stellen wir auch mittel- bzw. langfristig die öffentlichkeitswirksame Wahrnehmung unserer Vortragsreihe sicher. Unser Engagement ist vollständig ehrenamtlich. Allerdings entstehen durch die Einladung der Referenten Reise-, Verpflegungs-, Unterbringungs- und Honorarkosten. Zur Deckung dieser Kosten benötigen wir Ihre Unterstützung.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns unterstützen und damit die Fortsetzung einer in der Öffentlichkeit etablierten und auch in Fachkreisen renommierten Veranstaltungsreihe ermöglichen würden. Eine vorläufige Übersicht mit Informationen zu den geplanten Terminen, Referenten und Themen finden Sie in dem angehängten Dokument „**Geplante Beiträge**“ [Anm. d. Sl.: [Zum Download hier verfügbar](#)]. Eine vorläufige Berechnung der Kosten finden Sie in dem angehängten

Dokument „**Kalkulation**“. [Anm. d. Sl.: [Zum Download hier verfügbar](#).]

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Rebecca Kleine-Kloza

Mitglied des IAT-Organisationskomitees

Studentin an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
&
Jens Tuider
Mitglied des IAT-Organisationskomitees
Doktorand an der Universität Mannheim

Persönliche Vorstellung.

1) Andere Finanzquellen?

LBBW, ehemalige Sponsoren können wegen des fehlenden Vereinsstatus nicht mehr beisteuern (haben ihre Förderpolitik geändert).

Einwand: Bemühung um Vereinsstatus/Kooperation mit bestehenden Vereinen?
Zu kurzfristig. Wird erwogen.

3) Gesamtkosten von ca. 3300 € beantragt?

Ja. Wird für die nächste Sitzung ergänzt.

4) Wodurch rechtfertigt sich diese Ausgabe für den Stura?

Thema generell öffentlichkeitsrelevant. Kostenlos zugänglich für die gesamte Bevölkerung. Nützt der Uni Heidelberg sowohl in der Forschung, als auch den Studierenden durch die Möglichkeit, sich zu beteiligen. Interdisziplinarität.

Einwand: Ist die Reichweite (40 TeilnehmerInnen) in Anbetracht der Kosten groß genug.
- Es wird alles nachher öffentlich zur Verfügung gestellt.

Erste Lesung. Keine Abstimmung

10.8 Studieren ohne Grenzen - PEACEathlon (Dringlichkeit beantragt)

(a) Druckkosten

Finanzvolumen des Antrags:

(Wieviel wird vom Studierendenrat/der Referatekonferenz beantragt? Wieviel wird ggf. über andere Mittel finanziert;

*WICHTIG: Bis zu 500€ können bei der Referatekonferenz beantragen werden, Beträge darüber **müssen** in den StuRa.*

Hiermit beantragen wir 162,64 € Druckkosten für den Spendenlauf „PEACEathlon“, der am 28.06.2015 stattfinden wird.

Wer seid ihr:

(Name der Gruppe, Kontaktperson, Kontakt-Email, Kontaktadresse, hier könnt ihr auch eure Homepage angeben und euch kurz halten)

Wir sind die Lokalgruppe des studentischen, gemeinnützigen Vereins „Studieren Ohne

Grenzen, Deutschland e.V.“ in Heidelberg.

Kontaktpersonen:

Nico Gürtler (nico.guertler@mailbox.org)

Nadja-Mira Yolcu (nadja-mira.yolcu@outlook.de).

Homepage unseres Vereins:

www.studieren-ohne-grenzen.org/en/

Was soll finanziert werden:

(wofür soll Geld ausgegeben werden? Fahrtkosten Honorare, Druckkosten, ...)

Es sollen die Druckkosten für Plakate und Flyer für die Bewerbung des Spendenlaufs „PEACEathlon“ finanziert werden. Es folgt eine Aufstellung der einzelnen Kostenpunkte:

Posten	Einheiten	Kosten
Plakate DIN A3	100	27,93 €
Plakate DIN A1	100	108,79 €
Flyer DIN A6	2500	25,92 €
Summe		162,64 €

Die entsprechenden Angebote der Druckerei „Die Druckerei“ sind als PDF-Dokumente ebenfalls angehängt.

Worum geht es in dem Antrag:

Was ist euer Projekt, an wen richtet es sich, warum ist es wichtig, sinnvoll, hilfreich? – kurz: Warum soll die Studierendenvertretung dafür Geld bereitstellen?

Der Spendenlauf „PEACEathlon“ wird seit 2006 jährlich ehrenamtlich von Studierenden der Universität Heidelberg organisiert um Gelder für wohltätige Projekte zu sammeln. Im Vordergrund steht der Spaß am gemeinsamen Sporttreiben und der Einsatz für einen guten Zweck. Das Event steht sowohl Läufern als auch Rennrollstuhlfahrern offen. Gefördert werden ein regionales und ein international ausgerichtetes Projekt. In diesem Jahr sind dies das Heart Racer Team, das sich dafür einsetzt, dass auch Kinder mit einer Behinderung oder einer Erkrankung Sport treiben und an Wettkämpfen teilnehmen können und das Stipendienprogramm von Studieren Ohne Grenzen in Sri Lanka. Letzteres ermöglicht jungen, engagierten Menschen im vom Bürgerkrieg gezeichneten Norden Sri Lankas ein Hochschulstudium, zu dem sie ohne Unterstützung keinen Zugang hätten. Leitgedanke ist es, durch ein Engagement für Bildung in ehemaligen Bürgerkriegsgebieten zum Wiederaufbau und zum Wiedererstarken der Zivilgesellschaft beizutragen.

Weitere Details zum Lauf und den Zielprojekten können der ebenfalls angehängten Projektmappe entnommen werden.

Weitere Informationen:

Wurden bereits an anderen Stellen Anträge auf Finanzierung gestellt? Wenn ja, wo?

Kann der Antrag im Zweifelsfall zerstückelt werden? Insbesondere in Hinblick darauf, dass die Kosten sehr

hoch sind und ihr zumindest einen Teilbetrag definitiv finanziert bekommen möchtet (wenn ja, dann bitte Anzahl und Kosten modifizieren)

Im Rahmen des Laufes werden Gelder über Spenden, Sponsoring und ein freiwilliges Startgeld gesammelt, die dann zu gleichen Teilen den Zielprojekten zugutekommen werden.

Es wurden keine Finanzierungsanträge an anderen Stellen eingereicht.

(b) Materialkosten

Finanzvolumen des Antrags:

(Wieviel wird vom Studierendenrat/der Referatekonferenz beantragt? Wieviel wird ggf. über andere Mittel finanziert;

*WICHTIG: Bis zu 500€ können bei der Referatekonferenz beantragen werden, Beträge darüber **müssen** in den StuRa.*

Hiermit beantragen wir 313,44 € Materialkosten und Aufwandsendschädigung für Sanitäter für den Spendenlauf „PEACEathlon“, der am 28.06.2015 stattfinden wird.

Wer seid ihr:

(Name der Gruppe, Kontaktperson, Kontakt-Email, Kontaktadresse, hier könnt ihr auch eure Homepage angeben und euch kurz halten)

Wir sind die Lokalgruppe des studentischen, gemeinnützigen Vereins „Studieren Ohne Grenzen, Deutschland e.V.“ in Heidelberg.

Kontaktpersonen:

Nico Gürtler (nico.guertler@mailbox.org)

Nadja-Mira Yolcu (nadja-mira.yolcu@outlook.de).

Homepage unseres Vereins:

www.studieren-ohne-grenzen.org/en/

Was soll finanziert werden:

(wofür soll Geld ausgegeben werden? Fahrtkosten Honorare, Druckkosten, ...)

Es sollen zum einen die anfallenden Materialkosten und zum anderen die Aufwandsendschädigung für die während des Spendenlaufs „PEACEathlon“ anwesenden Sanitäter finanziert werden. Es folgt eine Aufstellung der einzelnen Kostenpunkte:

Posten	Einheiten	Kosten/Einh.	Bemerkung	Kosten
Absperrband (ca. 1,3 km)	13	6,30 €	Je 100 m	81,90 €
Umzugskartons	5	1,69 €		8,45 €
Schwarzes Powertape	3	9,50 €		28,50 €
Durchsichtiges Klebetape	2	4,85 €		9,70 €
Kordel	1	8,75 €		8,75 €
Reißbrettstifte	2	2,45 €		4,90 €
Blaue Säcke	1	7,00 €	Je 50 Stück	7,00 €
Gummibänder/Gummiringe (2000 Stück)				45,00 €
Schere, Edings, Stifte, Papier, Tesafilm				15,00 €
Trinkbecher (für Wasser für Läufer)	76	0,49 €	Je 25 Stück	37,24 €
Schwammtücher, Spülmittel, Bodenputztücher, Küchenrolle				7,00 €
Aufwandsentschädigung für Sanitäter				60,00 €
Summe				313,44 €

Die Preise für Gegenstände beziehen sich auf Bauhaus, Metro und Aldi.

Worum geht es in dem Antrag:

Was ist euer Projekt, an wen richtet es sich, warum ist es wichtig, sinnvoll, hilfreich? – kurz: Warum soll die Studierendenvertretung dafür Geld bereitstellen?

Der Spendenlauf „PEACEathlon“ wird seit 2006 jährlich ehrenamtlich von Studierenden der Universität Heidelberg organisiert um Gelder für wohltätige Projekte zu sammeln. Im Vordergrund steht der Spaß am gemeinsamen Sporttreiben und der Einsatz für einen guten Zweck. Das Event steht sowohl Läufern als auch Rennrollstuhlfahrern offen. Gefördert werden ein regionales und ein international ausgerichtetes Projekt. In diesem Jahr sind dies das Heart Racer Team, das sich dafür einsetzt, dass auch Kinder mit einer Behinderung oder einer Erkrankung Sport treiben und an Wettkämpfen teilnehmen können und das Stipendienprogramm von Studieren Ohne Grenzen in Sri Lanka. Letzteres ermöglicht jungen, engagierten Menschen im vom Bürgerkrieg gezeichneten Norden Sri Lankas ein Hochschulstudium, zu dem sie ohne Unterstützung keinen Zugang hätten. Leitgedanke ist es, durch ein Engagement für Bildung in ehemaligen Bürgerkriegsgebieten zum Wiederaufbau und zum Wiedererstarken der Zivilgesellschaft beizutragen.

Weitere Details zum Lauf und den Zielprojekten können der ebenfalls angehängten

Projektmappe entnommen werden.

Weitere Informationen:

*Wurden bereits an anderen Stellen Anträge auf Finanzierung gestellt? Wenn ja, wo?
Kann der Antrag im Zweifelsfall zerstückelt werden? Insbesondere in Hinblick darauf, dass die Kosten sehr hoch sind und ihr zumindest einen Teilbetrag definitiv finanziert bekommen möchtet (wenn ja, dann bitte Anzahl und Kosten modifizieren)*

Im Rahmen des Laufes werden Gelder über Spenden, Sponsoring und ein freiwilliges Startgeld gesammelt, die dann zu gleichen Teilen den Zielprojekten zugutekommen werden.

Es wurden keine Finanzierungsanträge an anderen Stellen eingereicht.

[Anm. d. Sl.: Die beigefügte Info-Broschüre kann man sich [hier online ansehen](#).]

Sollte eigentlich an die RefKonf gerichtet werden. Drängt nun.

Persönliche Vorstellung.

GO-Antrag auf Dringlichkeit:

Formale Gegenrede.

Abstimmung über Dringlichkeit von Antrag 10.8

Dafür: 38

Dagegen: 1

Enthaltungen: 3

Antrag auf Dringlichkeit angenommen.

Abstimmung über Antrag.

Vorschlag: Teil a) und b) zusammen abstimmen. Keine Einwände. Wird zusammen abgestimmt.

Dafür: Mehrheit auf Sicht

Dagegen: 0

Enthaltungen: 1

Antrag angenommen.

10.9 Finanzierung der Denkerinnenkonferenz (1. Lesung)

Finanzvolumen des Antrags:

1200 Euro →

400 Euro werden vom Gleichstellungsbüro der Universität Heidelberg übernommen (für Unterkunft, Reisekosten der Referentinnen).

Deshalb beatragen wir hiermit die Kostenübernahme von 600-800 Euro durch den StuRa.

Wer seid ihr:

Denkerinnen, Studentinnen aus dem Rhein-Main-Neckar Gebiet, Bloggerin der Online-Zeitschrift: www.denkerinnen.de, Kontaktperson: Cansu Güler (C.Gueler@stud.uni-heidelberg.de), 01523/1759619, wir kooperieren mit:

- Gleichstellungsbüro der Universität Heidelberg
- Prof. Dr. Markus Pohlmann (Institutsdirektor des Max-Weber-Instituts für Soziologie)
- Prof. Dr. Katja Patzel-Mattern (Gleichstellungsbeauftragte der Philosophischen Fakultät)
- Prof. Dr. Monika Buhl (Institut für Bildungswissenschaft)
- Fachschaft Soziologie
- Studierendenrat der Universität Heidelberg

Was soll finanziert werden:

Folgende Kosten sind noch nicht gedeckt:

- Plakate 200 Euro (20x A3, 10x A2)
- Flyer 70 Euro (2000x A5)
- Referentinnen-Honorar je 200 Euro für die zwei Workshopleiterinnen → 400 Euro also insgesamt
- Catering 265 Euro (Kaffee, Tassen vom Studentenwerk, Wasser, Orangensaft, Brezel, Äpfel, Bananen)

Worum geht es in dem Antrag:

Unter dem Motto „Anders Arbeiten! Anders Studieren? Bildung und Arbeitswelt zwischen Erwartungen und Realität“ findet an der Universität Heidelberg die zweite Denkerinnen-Konferenz statt. Mit Theresia Bauer, der Wissenschaftsministerin des Landes Baden Württemberg, möchten wir Studierenden über dieses Thema diskutieren. Anschließend geht es darum sich Gedanken über neue Modelle der Arbeitswelt zu machen und folgende Fragen zu besprechen: Mit welchem Ziel studieren? Wohin führt der Bologna-Prozess? Wie wollen wir arbeiten? Gib deiner Stimme Gewicht! Sag, wie du dir deine Arbeitswelt vorstellst!

Weitere Informationen:

Das Gleichstellungsbüro wird uns finanziell unterstützen. Aber nur zum Teil. Und übernimmt keine Kosten für eine kleine Nervennahrung zwischen dem Impulsvortrag von Frau Ministerin Bauer und den Workshops und kein Referentinnenhonorar.

Wir befürchten, wenn es in diesem Format einer Veranstaltung kein Catering gibt, kein Raum entstehen wird, in welchem sich die Teilnehmer austauschen können – was im Sinne der Hochschule zu fördern ist. Ebenso geht es darum, den TeilnehmerInnen zu ermöglichen, sich ausgiebig über die Impulse auch mit Frau Bauer noch austauschen zu können. Da die Workshopräume weit weg vom Impulsvortragssaal sind, wäre der Kaffeestand sehr wichtig, um die TeilnehmerInnen nicht zu verlieren. Der Campus Bergheim verleitet dazu, dass man als TeilnehmerIn ggf. auf dem Weg vom Hörsaal in die Workshopräume sich doch dazu entscheidet lieber zu gehen. Der Catering-Service vor den Workshopräumen würde auch dazu dienen, dass sich die TeilnehmerInnen in den Räumlichkeiten der Interaktion und des regen Austausches wiederfinden. Denn unser Anlass ist es, Frau Theresia Bauer zu zeigen, dass wir uns dafür interessieren, worüber sie letztendlich entscheidet.

Deshalb unser Antrag an euch. Auch letztes Jahr stellten wir zur ersten Konferenz einen Antrag, auf welchen ihr zugesichert hattet, dass eine finanzielle Unterstützung möglich sein wird. Bedauerlicherweise gab es jedoch finanz-technische Probleme. Ihr sagtet (Kirsten und bei der Versammlung), dass ihr damals derzeit keine Gelder habt und dass sie noch kommen werden, und dass ihr euch dann melden werdet – was leider nicht passierte. Deshalb unsere Frage und Bitte, ob es möglich wäre, dieses Jahr eine Unterstützung zu erhalten. Ich selber war letztes Jahr bei der Versammlung auch da und werde entweder wieder selber da sein, oder meine Kollegin Annelen Fritz von der Fachschaft der Soziologie der Universität

Heidelberg.

Persönliche Vorstellung.

Fragen/Anmerkungen:

1) Gibt es einen Rahmen zur Diskussion mit Frau Bauer?
Ja, von zwei Professorinnen moderiert.

2) Wieviele TeilnehmerInnen werdet erwartet?
Vortrag: 100-150, Workshops: ca. 25 pro Workshop

3) Ist die Finanzierung von Catering angebracht? Kostenanschlag scheint hoch.
-Austausch ist vor allem beim Kaffeetrinken und Beisammensein möglich.
-Beim Stura gibt es auch Verpflegungsausgaben

Vorschlag Änderungsantrag (aus der Sitzung):
Kein Catering finanzieren. Wird bei bestehendem Bedarf schriftlich eingereicht.

Erste Lesung. Abstimmung nächste Sitzung.

TOP 11: Änderungen in der Organisationssatzung und Finanzordnung

11.1 Änderung der Finanzordnung (2. Lesung)

Anmerkung der Sitzungsleitung: [Finanzordnung](#) und [Organisationssatzung](#) sind online zu finden.

Antragssteller*in: Wolf Weidner

Antragsart:

(Zutreffendes bitte stehen lassen)

Antrag zur Änderung einer Satzung bzw. einer Ordnung

Antragstext:

Der StuRa möge die Finanzordnung wie folgt Ändern

bisheriger Text:

V Autonome Referate

§ 14 Anwendung der Regelungen für Studienfachschaften

(1) Der StuRa stellt den autonomen Referaten gemäß § 25 Abs. 5 der Satzung Mittel zur Verfügung.

(2) Für die Bewirtschaftung der Mittel gelten alle Regelungen für die Studienfachschaften in dieser Finanzordnung entsprechend, sofern dieser Paragraf nichts anderes bestimmt. Auf die Mitteilungspflichten gem. § 25 Abs. 5 der Satzung wird verwiesen.

(3) Autonome Referate dürfen keine nicht-zweckgebundenen Rücklagen bilden. Nicht verausgabte Mittel fließen dem Haushalt des StuRas zu

neuer Text:

V Autonome Referate

§ 14 Anwendung der Regelungen für Studienfachschaften

(1) Der StuRa stellt den autonomen Referaten gemäß § 26 Abs. 5 der Organisationssatzung Mittel zur Verfügung.

(2) Für die Bewirtschaftung der Mittel gelten alle Regelungen für die Studienfachschaften in dieser Finanzordnung entsprechend, sofern dieser Paragraf nichts anderes bestimmt. Autonome Referate haben insbesondere analog einen Wirtschaftsplan zu erstellen. Auf die Mitteilungspflichten gem. § 26 Abs. 5 der Organisationssatzung wird verwiesen.

(3) Autonome Referate dürfen keine nicht-zweckgebundenen Rücklagen bilden. Nicht verausgabte Mittel fließen dem Haushalt des StuRas zu

(4) Ausgaben über 200,-€ sowie Projekte über 500,-€ sind dem Finanzreferat im Vorfeld zu melden. Projekte über 1000,-€ sind zudem im StuRa oder der Refkonf vorzustellen.

Begründung des Antrags:

Durch Änderungen der Satzung sind die Verweise veraltet.

Die Änderung in (2) ist nur eine explizite Formulierung der bisherigen Regelung.

Als Finanzreferent hatte ich mit Teilweise sehr durchwachsener Buchführung in den Autonomen Referaten zu kämpfen, dem möchte ich durch die Informationspflichten unter (4) Abhilfe schaffen.

Ich weise darauf hin, dass hier nicht in die Autonomie der Referate eingegriffen wird, es sind Informationspflichten keine Genehmigungspflichten. Unsere Organisationssatzung sieht jedoch explizit vor die Finanzautonomie der autonomen Referate ein zu schränken:

„[...]“

Für die Arbeit in seinem Bereich darf ein autonomes Referat selbständig Ausgaben bis zu einer in der Finanzordnung des StuRa festgelegten Grenze tätigen.

[...]“ - aus §25 (5) der Organisationssatzung

So eine Grenze ist bisher nicht festgelegt. Ich hoffe das dies auch nicht nötig wird.

Fragen/Anmerkungen:

1) Informationspflicht im Vorfeld für AR Eingriff in die Autonomie?

-Kein Eingriff in die Autonomie.

2) Wie soll diese Informationspflicht im Vorfeld umgesetzt werden / was soll gemeldet werden?

-Weil Sitzungen teilweise unregelmäßig stattfinden, wäre diese Regelung sinnvoll.

-Protokolle werden jetzt schon zur Verfügung gestellt. Gewinn der neuen Regelung?

-Mehr Sicherheit und schnellere Reaktionsmöglichkeiten, wenn vorher informiert wird.

-Kommunikation wird erleichtert. Vermeidung von Mahngebühren, weil Fristen besser eingehalten werden können.

-Kann teilweise nicht im Vorfeld geschehen, da spontane Anträge auftreten.

-Fragwürdige Einstellung zu Arbeit der AR generell

3) Welche Frist gilt für die Meldung im Vorfeld (konkret)?

-Eine festgesetzte Frist muss möglicherweise wieder angepasst werden. Flexible Maßnahme

4) Vorschlag einer detaillierteren Aussprache mit dem Finanzreferenten. AR sind unterrepräsentiert.

GO-Antrag 11.1 Vertagung auf nächste Sitzung

Inhaltliche Gegenrede: Kann ausdiskutiert und abgestimmt werden

Abstimmung GO-Antrag auf Vertagung:

Dafür: 20

Enthaltungen: 13

Dagegen: 10

GO-Antrag angenommen. Top 11.1 ist vertagt.

11.2 Antrag auf Änderung des Anhangs B der Organisationsatzung - Zuordnung von Studiengängen (1. Lesung)

Antragsstellerin: Kirsten Heike Pistel

*Es handelt sich um einen satzungsändernden Antrag, der einer Zweidrittelmehrheit bedarf.
Dringlichkeit kann für diesen Antrag nicht beantragt werden.*

Worum geht es:

Die im folgenden genannten Studiengänge sind noch keiner Studienfachschaft zugeordnet bzw. evtl. noch nicht eindeutig zugeordnet, dies soll mit diesem Antrag geschehen.

Antrag:

Der StuRa möge daher beschließen:

1) Zuordnung des Studiengang 894 (Master Geoarchäologie) zur SFS 48 - UFG/VA

(die Zuordnung eines Studiengangs Geoarchäologie zur UFG/VA wurde bereits beschlossen.

Allerdings ohne Angabe der Nummer. Da damit der Studiengang nicht eindeutig benannt ist und es künftig weitere Geoarchäologiestudiengänge geben könnte (momentan gibt es nur einen, daher kann momentan keine Verwechslung stattfinden), könnte man hier eines Tages eine Unklarheit konstruieren, daher soll hier ganz eindeutig der mit der Nummer 894 bezeichnete Studiengang sicherheitshalber nochmal zugeordnet werden)

2) Zuordnung des Studiengangs "Strukturierte Promotion Evangelische Theologie" zur SFS 46 - Theologie (Evangelische).

(Hier wird sicherheitshalber eine erneute Abstimmung im StuRa stattfinden, sobald die Verwaltung eine Nummer vergeben hat)

3) Zuordnung des Studiengangs 886 (Promotion Papyrologie) zur SFS 1 - Ägyptologie

(4) Zuordnung des Studiengangs 951 ("Klassische und Moderne Literaturwissenschaft") zur SFS 27 - Klassische Philologie

(Genau: auch hier wird sicherheitshalber eine erneute Abstimmung im StuRa stattfinden, sobald die Verwaltung eine Nummer vergeben hat)

Erläuterung:

Die Nummer für den Studiengang wird erst vergeben, wenn er studiert wird. Da in den nächsten Wochen noch Studierende umgeschrieben werden können (die jetzt z.B. eine Zusage haben, aber noch Unterlagen nachreichen müssen), kann es also dieses Semester doch noch Studierende dieses Studiengangs geben und damit eine Nummer - aber hierfür brauchen wir eine Zuordnung jetzt schon und können nicht warten, bis die Nummer vergeben ist.

Kurze persönliche Erläuterung.

11.3 Änderungsantrag zur Organisationssatzung (2. Lesung)

Antragssteller*in: Adrian Koslowski für den Fachschaftsrat Jura

Antragsart:

(Zutreffendes bitte stehen lassen)

Antrag zur Änderung einer Satzung bzw. einer Ordnung

Für Antragsart a): Bei Änderung einer Satzung bzw. einer Ordnung , bisheriger Text:

§13 V Organisationssatzung:

Die Amtszeit der Fachschaftsräte beträgt ein Jahr, sie beginnt entweder am 1. April oder am 1. Oktober eines Jahres

Für Antragsart a): Bei Änderung einer Satzung bzw. einer Ordnung, neuer Text:

§13 V Organisationssatzung:

Die Amtszeit der Fachschaftsräte soll ein Jahr betragen und, entweder am 1. April oder am 1. Oktober eines Jahres beginnen

Begründung des Antrags:

In Rücksprache mit Herrn Treiber möchten wir als Fachschaftsrat Jura die Organisationssatzung ändern um die für unser Satzungs- und Mitbestimmungsmodell essentielle Amtszeit von nur einem Semester beibehalten zu können. Der gesetzliche Wortlaut soll übernommen werden um einerseits

den Anforderungen des MWK genüge zu Tun und uns gleichzeitig die Möglichkeit zu einem Abweichen zu geben.

Kurze persönliche Vorstellung des Antrags.

Abstimmung über den Antrag:

Dafür: 33

Dagegen: 1

Enthaltungen: 3

Antrag angenommen.

TOP 12: Blockupy

12.1 Antrag zur TO: Video der Landtagsdebatte

Antragssteller: Wolf Weidner

Wolf stellt den Antrag, dass zu Beginn der Blockupy-Debatte im StuRa die Landtagsdebatte als Video gezeigt wird. Diese ist hier [online abrufbar](#) (etwa Minute 0-13). Zudem weist er auf das [Transkript der Stellungnahme der Ministerin](#) hin.

Die Sitzungsleitung möchte mit einfacher Mehrheit den StuRa darüber entscheiden lassen, ob das Video in der Sitzung geschaut werden soll.

Antrag wurde von Wolf Weidner fallengelassen. Daraufhin von Sebastian Rohleder übernommen.

GO-Antrag: Nichtbehandlung des Antrags/Videos
Formale Gegenrede.

Abstimmung über den GO-Antrag:

Dafür: 20

Dagegen: 15

Enthaltungen: 3

GO-Antrag abgelehnt. Antrag/Video wird vorgeführt.

Kurze Sitzungsunterbrechung zwecks technischer Vorbereitung.

12.2 Info: Erklärung des Referenten für politische Bildung zur Ausführung des Referatsbeschlusses

Erklärung von: Felipe Corral

Stellung zur Ausführung des Referatsbeschlusses (Vorschlag des Antragstellers):

Das Referat für politische Bildung hat im Rahmen ihrer Aufgabe einen Beschluss getroffen. Sie sind den üblichen Prozess gefolgt und haben den Beschluss in der RefKonf vorgetragen und danach auf der Webseite des Studierendenrates veröffentlicht. Dies wurde mindestens zwei Wochen vor allen Veranstaltungen gemacht. Insofern war es von Anfang an möglich, den Referatsbeschluss offen vor der Studierendenschaft zu kritisieren (wie die Pressemitteilungen der RCDS Heidelberg erahnen lassen). Es war außerdem in jedem Moment möglich, die zuständige Person der Universität für die Angelegenheiten der Verfassten Studierendenschaft (Herrn Stefan Treiber), diesbezüglich anzuschreiben. Vor allem, war es von Anfang an möglich, als einzelner, oder innerhalb eines Netzwerkes, Druck aus mehreren Seiten auf das PoBi-Referat auszuüben, um den Beschluss vor den Veranstaltungen rückgängig zu machen. Es wurde also in keinem Moment der RefKonf, dem Studierendenrat, oder der Studierendenschaft etwas verheimlicht. Alles war offen zugänglich.

Dennoch möchten das Referat für politische Bildung und die Verfasste Studierendenschaft aus dieser ganzen Situation mehrere Rückschlüsse ziehen. Es ist nämlich so, dass jede Aktion Konsequenzen hat. Im Moment ist es am wichtigsten das Vertrauen an die VS, dass wegen dieser Angelegenheit geschwächt wurde, zurückzugewinnen.

Als erstes soll darüber gesprochen werden, ob die ganze Aktion, sich nicht an das Neutralitätsgebot gehalten hat. Die Podiumsdiskussion war für alle Denkrichtungen und –weisen offen. Dies galt auch für die Busfahrt. Dennoch muss man akzeptieren, dass man eine explizite Einladung nicht mit einer Nicht-Ausschließung gleichsetzen kann. Dass keiner ausgeschlossen werden sollte, und der Bus für jeden Heidelberger Studierenden offen war, sollte man in der Zukunft auch explizit sagen. Dies stellt keine Selbstverständlichkeit dar.

Zweitens wurde weder in der Podiumsdiskussion, noch im Bus eine Identitätskontrolle durchgeführt. Dazu kann man nur sagen, dass die Organisatoren im Rahmen des Beschlusses gearbeitet haben. Dies sollte auch nach dem Motto unserer Universität (Semper Apertus) gehalten werden. In Zukunft sollte man größeren Wert darauf legen, dass hauptsächlich die Studierenden der Universität von unseren Maßnahmen profitieren. Dies bedeutet aber nicht, dass nicht im Interesse der Studierenden gehandelt wurde. Zusammenfassend kann man also sagen, dass im Rahmen dieser Teilfinanzierung, auch andere Personen den Anspruch hatten, mit dem Bus fahren zu dürfen. Dieser Vorgang ist aber unproblematisch, weil durch das Referat nicht die kompletten Kosten des Busses, sondern nur eines Teils desselben übernommen wurde.

Drittens und letztens, muss man die Sicherheitsvorkehrungen des Busses ansprechen: Man hätte sich zumindest vorstellen können, dass es am 18. März zu einer Eskalation der Proteste kommen konnte. Allerdings muss man klar sagen, dass die gewalttätigen Vorfälle bei vorherigen Blockupy-Bündnissen nicht einmal annähernd derart eskaliert sind, wie bei den Protesten am 18. März. Es ist daher falsch zu behaupten, dass die gewalttätigen Ausschreitungen absehbar gewesen wären. Darum kann man nicht sagen, dass die VS irgendeine Mitverantwortung für die Randalie übernehmen sollte. Die einzigen Verantwortlichen waren die Gewalttätigen. Ihr Verhalten ist inakzeptabel und sollte zur Rechenschaft gezogen werden.

Man hat bewusst keine strikteren Sicherheitskontrollen (Taschenkontrollen, Aufnahme der Personalien, usw.) vorgenommen, da nur die Polizei derartige Befugnisse zustehen. Zudem ist man davon ausgegangen, dass alle Teilnehmer der Aktion mit gutem Willen mit nach Frankfurt kamen. Diesbezüglich kann das Vorgehen der Organisatoren maximal als blauäugig eingestuft werden. Deswegen sollte man sich für zukünftige Aktionen dieser Art, besser über die möglichen Risiken

informieren. Hinzu kommt, dass man auch bereit sein muss, externe Hilfe z.B. von der Polizei anzunehmen.

Am Wichtigsten ist aber, dass man bereit dazu sein muss, die Kontrolle über die Situation zu übernehmen, und im Falle schlechten Handelns die Aktion/Veranstaltung zu stoppen. Das soll, so weit wie möglich, die Richtlinie für zukünftiges Handeln sein. Es sind schließlich die Gelder der Studierenden mit denen gearbeitet wird. Um ihren guten Einsatz sicherzustellen sollten die Referate nicht nur unabhängig ein Betrag an Geld beschließen können, sondern im Härtefall den Einsatz des Geldes rückgängig zu machen.

Persönliche Erklärung des Antragstellers.

12.3 Positionierung zu den Blockupy-Protesten (2. Lesung)

Antragssteller: Lukas Hille

Der Studierendenrat der Universität Heidelberg möge beschließen:

[Positionierung zur Blockupy-Demonstration in Frankfurt am Main am 18. März 2012](#)

Zu den Vorgängen in Frankfurt am Main

Am 18. März 2015 fand in Frankfurt am Main die Eröffnung der neuen Zentrale der Europäischen Zentralbank statt. Bereits lange im Voraus hatten kapitalismuskritische Gruppen, Parteien und Organisationen zur Demonstration gegen diese Eröffnung und der Blockade der entsprechenden Feierlichkeiten aufgerufen.

Am 18. März kamen rund 17.000 Demonstranten nach Frankfurt. Ein Großteil von ihnen nahm an friedlichen Protesten oder an maximal grenzwertigen Blockadeaktionen teil.

Auf eine große Gruppe, nach Polizeiangaben bis zu 2000 Personen, traf dies allerdings nicht zu: Seit den frühen Morgenstunden randalierten sie in der Rhein-Main-Metropole, zündeten Polizeiautos an, griffen Gebäude an, errichteten brennende Straßensperren und attackierten Polizeikräfte körperlich mit Pflastersteinen, Brandsätzen, ätzenden Flüssigkeiten und Gasen oder Stichwaffen an.

Die Bilanz des 18. März sind über 100 verletzte Polizeikräfte, Sachschäden in Millionenhöhe, **die Erinnerung an bürgerkriegsähnliche Zustände**, verängstigte Kinder und Einwohner und nicht zuletzt ein tiefer ideeller Schaden am Demonstrationsrecht.

Der Verantwortungshorizont des Blockupybündnisses

Fakt ist: Seit der ersten Blockupydemonstration im Jahr 2012 keine Aktion des Bündnisses friedlich geblieben. Die Eskalation im Jahr 2015 ist dabei nur der traurige Höhepunkt. Fakt ist auch: Aufrufe zur Gewalt während der Aktion sind immer im Vorfeld bekannt gewesen.

Blockupy beruft sich regelmäßig auf seinen Aktionskonsens, in dem man sich als friedliches Bündnis konstituiert. Konkrete Maßnahmen werden in der eigenen Vorbereitung allerdings kaum getroffen.

- Eine Zusammenarbeit mit den Behörden in struktureller Form lehnt das Bündnis traditionell ab.
- Bis heute will sich das Bündnis nicht zur Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung bekennen.
- Bekannt gewaltbereite Gruppen gehören seit der Gründung zum Bündnis und verstecken

sich hinter dem Aktionskonsens. Auch nach den Eskalationen schließt man keine Gruppen aus dem Bündnis aus.

- Bei der Bereitstellung eigener Infrastruktur (Sonderbussen, Sonderzügen, etc.) lehnt man Maßnahmen zur Verhinderung von Mitnahme von Material, das zu Eskalationen führen kann (Böller, ätzende Stoffe, Material zur Auslösung von Pflastersteinen, Stichwaffen, Vermummungsutensilien, etc.) ab. Weder Taschenkontrollen noch eine Selbstverpflichtung von Mitfahrenden hat man bisher eingeführt.
- Mitglieder des Bündnisses haben zum Teil zu Gewalt aufgerufen.
- Andere Gruppen haben zur Verschleierung von eigenen Taten aufgerufen oder Tipps gegeben, wie man sich der eignen Identifikation durch die Behörden entziehen oder Ermittlungen blockieren kann.

All diese Fakten offenbaren: Das Blockupybündnis hat tiefgreifende, strukturelle und organisatorische Mängel. Diese Mängel muss das Bündnis bearbeiten, sein Selbstverständnis überdenken und sich im Zweifelsfall neu aufstellen.

Durch diese Mängel ist das Bündnis zumindest moralisch mitverantwortlich für die Krawalle am 18. April. Zwar hat man vonseiten der Organisatoren das Bedauern über dieselben mehrmals betont, eine Distanzierung von den Tätern, eine Verurteilung der Ideologien im Hintergrund und personelle Konsequenzen hat man bislang aber nicht folgen lassen. Diese Verantwortung bleibt und sollte erfüllt werden.

Der Verantwortungshorizont der Verfassten Studierendenschaft in Heidelberg

Wir stellen fest: Es hat von Seiten des Studierendenrates (StuRa), der Referatekonferenz oder einzelner Referate keine direkte Unterstützung des Blockupy-Bündnisses, der Demonstrationen in Frankfurt oder ihrer Planung gegeben, weder finanzieller noch ideeller Natur. Weder wurde zur Demonstration aufgerufen, noch wurde diese finanziell mitgetragen.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Das Referat für politische Bildung hat in einem Referatsbeschluss eine Unterstützung im Rahmen von maximal 500€ für die Podiumsdiskussion „Blockupy - Tell me why? Podium zum Sinn und Unsinn von M18“ am Dienstag, den 24. Februar, sowie einen Bus zu den Demonstrationen am Mittwoch, den 18. März 2015 aus Heidelberg zugesagt. Organisiert wurden beide unterstützten Sachverhalte von der Gruppe AKuT (+C).

Auch für diesen, von einem unserer Referate mitfinanzierten Bus, gelten die mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen, die allgemein bei Infrastruktur zu den Demonstrationen auffallen. Der StuRa geht davon aus, dass sich die Mitfahrenden rechtlich konform verhalten haben. Verifizieren kann man das prinzipiell aber nicht. Das zeichnet ein klares Bild: Die Struktur der VS hat in diesem Fall nicht funktioniert. Die Strukturen der Veranstaltung, die man indirekt mitgetragen hat, hat man nicht ausführlich genug geprüft. Die VS ist deshalb, ebenso wie das Bündnis, moralisch für die Ausschreitungen mitverantwortlich. Das Handeln der VS war in diesem Falle fahrlässig, die Entscheidung des Referates **vor dem Hintergrund der neuen Erkenntnisse über die Organisationsfehler des Bündnisses** ein politischer Fehler.

Schlüsse aus den Vorgängen und Selbstverpflichtung der Verfassten Studierendenschaft

Der StuRa der Universität Heidelberg distanziert sich von allen gewalttätigen Prozessen auf der Blockupydemonstration und allen anderen Demonstrationen. Er verurteilt Gewalttaten und Gewalttäter und stellt fest, dass solche Taten ermittelt, verfolgt und die Täter verurteilt und zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Der StuRa der Universität Heidelberg bekennt sich zur Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung und zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Als Teil des politischen Systems unserer Gesellschaft glauben wir an die Kraft des Arguments, an demokratische Abstimmungsprozesse und

an Ordnung durch Verfahren. Jegliche Bestrebungen, politische Positionen abseits dieser Prozesse durchzusetzen, ob durch Gewalt oder anderweitig, verurteilen wir als illegitim.

In diesem Sinne bekennt sich der StuRa der Universität Heidelberg zum Verantwortungsprinzip bei allen seinen und von ihm unterstützten Aktionen und Organisationen. Er fühlt sich damit dem friedlichen, reibungslosen und konsensorientierten Ablauf solcher Aktionen verpflichtet.

Der StuRa der Universität Heidelberg bekennt sich damit auch zum Demonstrationsrecht. Jede Gruppe hat das Recht, ihre Position frei und unbeeinflusst zum Ausdruck zu bringen. Dabei weist der StuRa auf den Wortsinn des Demonstrierens hin – das Demonstrationsrecht bezeichnet das Recht, seine Meinung zu zeigen. Vor diesem Hintergrund müssen alle Handlungen einer demonstrierenden Gruppe bewertet werden, eine Demonstration muss einem Thema verpflichtet, nie aber ein Selbstzweck sein.

Der StuRa der Universität Heidelberg verpflichtet sich dazu, die von ihm unterstützten Gruppen und Initiativen in Zukunft vor der Unterstützung besser zu verstehen, eventuelle Mängel in Planungen aufzudecken und seine Unterstützung im Ernstfall auch von der Beseitigung dieser Mängel abhängig zu machen. Der StuRa verpflichtet sich, keine Organisationen zu unterstützen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden oder die er selbst im Verdacht sieht, die demokratische Ordnung unseres Staates beseitigen zu wollen. Der StuRa verpflichtet sich, auch keine Gruppen zu unterstützen, bei denen Mittel solchen Organisationen zu Gute kommen könnten.

Zu allen Aussagen, Bekenntnisse, Verpflichtungen und Schlüsse dieser Positionierung verpflichtet der StuRa auch die Referatekonferenz, die einzelnen Referate und alle seine Organe.

(a) Ä1: Änderungsantrag zu inhaltlicher Positionierung zu den Blockupy-Protesten

Antragssteller*innen: Die Linke.SDS Heidelberg

Der Studierendenrat der Universität Heidelberg möge beschließen:

Streiche Zeile 1 bis Ende des Antrags „,,Positionierung zur Blockupy-Demonstration in Frankfurt am Main am 18. März 2012“ und ersetze sie durch folgenden Antragstext:

[Zu den Vorgängen in Frankfurt am Main](#)

Am 18. März hat die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main ihr neues Hauptquartier feierlich eröffnet. Für den 185 Meter hohen Zwillingssturm, der mit seinem neuen Sicherheitszaun und Burggraben einer Festung gleicht, wurde die schwindelerregende Summe von 1,3 Milliarden Euro ausgegeben. Zur Eröffnungsfeier wurden fast keine Medien eingeladen, was Journalistenverbände heftig kritisierten.

Wir kritisieren die Gewalt, die in den Morgenstunden des 18. März von einigen hundert Menschen ausgegangen ist scharf und verurteilen insbesondere die Gewalt gegen Personen. ~~Man kann dieses Vorgehen nicht rechtfertigen, aber man sollte versuchen zu erklären, warum derart viele Menschen bei diesem Thema gewaltsam protestierten. Die gewalttätigen Proteste waren ein Zeichen von Ohnmacht.~~ Man kann dieses Vorgehen nicht rechtfertigen. Dennoch sollte man versuchen zu erklären, warum derart viele Menschen aus Protest gegen die Politik der EZB auf die Straßen gegangen sind und dieser in Gewalttätigkeiten umschlagen konnte. Die Menschen fühlen sich angesichts der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Vorgänge in Europa ohnmächtig und sehen keine Möglichkeit ihrer Wut und ihren Wunsch für eine andere Politik anders Ausdruck zu

verleihen. Die europäische Krisenpolitik wird über ihre Köpfe hinweg beschlossen. Daran mitzuwirken scheint ihnen – trotz dass wir in einer parlamentarischen Demokratie leben – unmöglich.

Wir sagen: Gewalt ist keine Lösung, es gibt aber auch nichts zu feiern an Kürzungspolitik und Verarmung! 20.000 Menschen aus ganz Europa haben die „Feierstunde“ der EZB zum Anlass genommen friedlich gegen die europäische Krisenpolitik und gegen deren katastrophale Konsequenzen – besonders für die Menschen im europäischen Süden – zum Ausdruck zu bringen.

Studierende sind von Kürzungen und Privatisierungen in ganz Europa betroffen und sehen sich einer immer prekäreren Lage ausgesetzt. In Spanien oder Griechenland ist etwa die Hälfte aller jungen Menschen arbeitslos oder muss sich mit prekären Jobs über Wasser halten. Massenweise Absolventen dieser Länder verlassen diese auf der Suche nach Arbeit in den wenigen Ländern, die bisher noch nicht von der Krise erreicht wurden, wie Deutschland und Großbritannien. Familien werden dabei auseinandergerissen. Die Daheimgebliebenen haben keine Perspektive: in Griechenland sind bspw. während der Krise die Löhne um 40% gesunken, die Renten um 50% und die Schulden haben sich immer weiter erhöht auf zuletzt 185% des Staatshaushalts. Diese dramatische Entwicklung ist Ergebnis einer menschenverachtenden Verarmungspolitik und wurde von der Troika aus EU-Kommission, Internationalen Währungsfond und EZB aufgezwungen. Die Blockupy-Proteste richteten sich gegen diese Politik der Troika.

Das Blockupy Bündnis

Die Proteste am Nachmittag des 18. März in Frankfurt war eine wichtige Gelegenheit für Studierende zusammen mit anderen Menschen ein Zeichen der Solidarität in Europa zu setzen. Besonders in Zeiten zunehmender Europaverdrossenheit ist es wünschenswert, wenn so viele Menschen ihre Kritik an der bestehenden EU-Politik in einem explizit pro-europäischen Bündnis wie Blockupy auf die Straße tragen.

Das Blockupy-Bündnis konstituiert sich unter anderem durch seinen Aktionskonsens als friedliches Bündnis. Dieses friedliche Selbstverständnis umfasst auch Aktionen zivilen Ungehorsams wie etwa Menschenblockaden. Außerhalb des Aktionskonsenses kam es in der Vergangenheit mehrmals zu gewalttätigen Ausschreitungen. Die gewalttätigen Vorfälle bei Blockupy-Bündnissen vor dem 18.03 sind jedoch nicht einmal annähernd derart eskaliert wie bei den letzten Protesten. Es ist daher falsch, wenn behauptet wird, dass die gewalttätigen Ausschreitungen absehbar gewesen wären. Um die Kritik des Blockupy-Bündnisses zu delegitimieren wird regelmäßig versucht, dem Blockupy-Bündnis eine Mitschuld an den Ausschreitungen, die außerhalb seines Aktionskonsenses lagen, zu geben. Die Argumente, welche dies jedoch versuchen, lassen sich allesamt entkräften (siehe Begründung).

Die Unterstützung durch das Referat für politische Bildung

Es hat von Seiten des StuRa, der RefKonf oder einzelner Referate keine direkte Unterstützung des Blockupy-Bündnisses, der Demonstrationen in Frankfurt oder ihrer Planung gegeben, weder finanzieller noch ideeller Natur. Es wurde nicht zur Demonstration aufgerufen. Es wurde eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Blockupy - Tell me why? Podium zum Sinn und Unsinn von M18“ am Dienstag, den 24. Februar, sowie einen Bus zu den Demonstrationen am Mittwoch, den

18. März 2015 finanziell mit 500 Euro unterstützt.

Die Unterstützung der Veranstaltung und des Busses lag innerhalb der Kompetenzen des Referats für politische Bildung, da nicht das Gebot der weltanschaulichen Neutralität verletzt wurde, nicht gegen Beschlüsse des StuRa gehandelt wurde und politische Bildung mehr umfasst als reine Wissensvermittlung (siehe Begründung).

Schlüsse aus den Vorgängen

Der Studierendenrat wehrt sich gegen jede Untergrabung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit. Eine Untergrabung ergibt sich auch aus der Tatsache, dass jeder friedliche Teilnehmer*innen und Unterstützer*innen der Blockupy-Proteste eine moralische Mitschuld an den Ausschreitungen haben soll. Diese werden durch eine solche Argumentation kriminalisiert. Müsste jeder und jede Demonstrantin Angst haben für Vorgänge die nicht in seinem Machtbereich stehen und trotz regelkonformem Verhaltens belangt zu werden, ergibt sich hieraus eine massive Einschränkung der Versammlungsfreiheit.

Der Studierendenrat erkennt im Einklang mit dem Bundesverfassungsgericht an, dass auch Sitzblockaden vom Grundrecht auf Versammlungsfreiheit umfasst sind (siehe Begründung).

Begründung

1. Warum das Referat für politische im Rahmen seiner Kompetenzen handelte

Laut § 24 Abs.1 Satzung der VS arbeiten Referate selbstständig. Hierzu dürfen sie nach § 24 Abs.9 Satzung der VS selbstständig Ausgaben tätigen. Die eingesetzten Mittel dürfen gemäß § 21 Abs.2 Finanzordnung der VS 500 Euro nicht überschreiten. Als Bedingung gilt, dass die Ausgaben einen Bezug zur Arbeit des Referats haben müssen (§ 21 Abs.2 S.2 Finanzordnung der VS).

Die Unterstützung der Veranstaltung sowie eines Busses nach Frankfurt überschritten die Obergrenze von 500 Euro nicht. Nach § 24 Abs.7 Satzung der VS vertreten ReferentInnen den StuRa in seinem Aufgabenbereich in Hochschule und Gesellschaft. Es ist mithin zunächst nach dem Aufgabenbereich des StuRa in Hochschule und Gesellschaft zu fragen.

Gemäß § 65 Abs.2 Nr.3 LHG hat die VS die Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins der Studierenden zur Aufgabe. Des Weiteren nach Nr.4 die Förderung der Chancengleichheit und den Abbau von Benachteiligungen innerhalb der Studierendenschaft. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglicht die VS den Meinungs austausch innerhalb der Gruppe der Studierenden (§ 65 Abs.3 LHG) Dies wurde mit der Unterstützung der Diskussionsveranstaltung getan. Politische Bildung zielt nicht alleine auf reproduzierbares Wissen sondern genauso auf den Erwerb von Kompetenzen zur politischen Partizipation und der Stärkung von Partizipation selbst. Politische Partizipation meint dabei alle üblichen und rechtlich geschützten Formen politischer Beteiligung. An der politischen Willensbildung teilhaben können die Bürger*innen nicht nur mit der Stimmabgabe bei Wahlen, sondern sie können auch auf den Prozess der politischen Meinungsbildung Einfluss nehmen, der sich in einem demokratischen Staatswesen frei, offen, unreglementiert und grundsätzlich „staatsfrei“ vollziehen muss (BVerfG, NJW 1966,

1499, 1503). Im Prozess der politischen Willensbildung bleibt dem Einzelnen neben der Organisierung in Parteien und Verbänden nur die Inanspruchnahme der Versammlungsfreiheit für Demonstrationen (BVerfG, NJW 1985, 2395, 2396). Versammlungen sind ein wesentliches Element demokratischer Offenheit (BVerfG, NJW 1985, 2395, 2397).

Grundlegend für ein derartiges politisches Verständnis ist eine Auffassung von Politik und Demokratie, welche diese nicht alleine auf Politik in Parlamenten und Gremien beschränkt, sondern die gesamte Öffentlichkeit als Austragungsort von Politik begreift. So stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass sich in einer Demokratie die politische Willensbildung vom Volk zu den Staatsorganen, nicht umgekehrt von den Staatsorganen zum Volk hin, vollziehen muss (BVerfG, NJW 1966, 1499, 1503).

Öffentliche Plätze und Straßen fallen unter den Begriff der Öffentlichkeit. Insbesondere wurden die politische Bildung und das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein der Studierenden dadurch gefördert, dass im Vorfeld eine Diskussionsveranstaltung zu „Sinn und Unsinn von Blockupy“ stattfand. Die Veranstaltung war offen gestaltet und es wurde deutlich, dass es eine differenzierte Meinung der Teilnehmer*innen zu Blockupy gab.

Fraglich ist, ob mit der Unterstützung der Diskussionsveranstaltung und des Busses nach Frankfurt auch die Vorgabe des § 65 Abs.4 S.2 LHG eingehalten wurde, dass die VS bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die weltanschauliche, religiöse und parteipolitische Neutralität zu wahren hat. Grundsätzlich gilt für die außerschulische politische Bildung das Neutralitätsgebot nicht (<http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/politische-bildung/193225/kontroversitaet>). Es ist wichtig, dass Referent*innen selbst politisch sind und sich in Politik und Gesellschaft engagieren. Dass der eigene Standpunkt in eine Diskussion eingebracht wird, bedeutet nicht eine Indoktrination sondern es führt dazu, dass das Gegenüber sich als mündiges Subjekt wahrgenommen fühlt, das selbst fähig ist Informationen einzuordnen (<http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/politische-bildung/193225/kontroversitaet> m.w.N.) Die parteipolitische Neutralität wurde klar gewahrt, da keine bestimmte politische Partei einen Nutzen von der Unterstützung der Diskussionsveranstaltung sowie des Busses hatte. Der Wortlaut des Gesetzes macht klar, dass es neben den religiösen auch nicht-religiöse Weltanschauungen gibt. Das OVG Magdeburg macht deutlich, dass eine politische Bildung die sich am Neutralitätsgebot orientiert, dadurch erreicht wird, dass Informationsangebote und Veranstaltungen organisiert werden, in denen unterschiedliche Positionen zu Wort kommen können (Beschluss vom 06.06.2006- 3M 65/06). Dies ist vorliegend, wie bereits oben beschrieben, geschehen. Das Referat für politische Bildung handelte mithin weltanschaulich neutral.

Des Weiteren ist in der, vom StuRa verabschiedeten, Ausschreibung für das Referat für politische Bildung klar geregelt, dass das Referat studentische Proteste organisieren soll. Das organisieren von Protesten schließt dabei auch ein, die Möglichkeit zum Protestieren zu schaffen. Dies kann auch durch finanzielle Unterstützung geschehen. Vorliegend wurde nicht die Blockupy-Demonstration an sich, sondern lediglich ein Bus zu den Protesten unterstützt. Der Beschluss fiel mithin klar in den Aufgabenbereich des Referats.

Mit der finanziellen Unterstützung des Busses, wollte das Referat für politische Bildung die Benachteiligung innerhalb der Studierenden abbauen. 61% der Studierenden müssen neben ihrem Studium arbeiten, 24% erhalten BAföG – dessen Höhe zudem immer weniger dem steigenden Bedarf der Studierenden entspricht –, 6% der Studierenden erhalten Geld aus Krediten und sind damit verschuldet. 31% der Studierenden geben auf Nachfrage an, dass die Finanzierung ihres Studiums nicht sichergestellt ist oder sind diesbezüglich unentschieden. Es ist davon auszugehen,

dass diese 31% dementsprechend mäßig bis starke Geldsorgen plagen.

(http://www.studentenwerke.de/sites/default/files/01_20-SE-Hauptbericht.pdf) Die einfache Fahrt mit der Deutschen Bahn nach Frankfurt kostet 22 Euro. Hin- und Zurück sind das 44 Euro. Für viele Studierende zu viel Geld. Mit dem vom Referat für politische Bildung mitfinanzierten Bus, zahlten die Studierenden für die Hin- und Rückfahrt nur 5-10 Euro. Des Weiteren wurde in dem Bus auch nicht nur eine bestimmte Gruppe befördert. Mit dem Bus konnten sowohl Befürworter*innen als auch Kritiker*innen von Blockupy nach Frankfurt am Main fahren und sich ein Bild von den Protesten machen.

Abschließend ist zu sagen, dass gemäß § 65 Abs.4 S.1 LHG der StuRa bei der Erfüllung seiner Aufgaben klar ein politisches Mandat hat. Innerhalb dieses Mandats hat sich das Referat für politische Bildung bei der Vertretung des StuRa (§ 24 Abs.7 Satzung der VS) bewegt.

2. Behauptungen und Vorwürfe gegenüber Blockupy und Widerlegung und Entkräftung

(1) Es wird behauptet, dass Blockupy es ablehne mit den Behörden zusammenzuarbeiten. Richtig ist, dass das Blockupy-Bündnis die Zusammenarbeit mit den Behörden immer wieder gesucht hat, aber sich dennoch die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Blockupy oft schwierig gestaltete. Zwei Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit: die Demo-Routen wurden stets mit den Behörden abgesprochen. Oft gab es lange zähe Verhandlungen über die Demo-Route. Dennoch hat das Bündnis letztlich stets die Auflagen für die Demo-Routen akzeptiert: <http://blockupy.org/4600/pm-grundsatzlich-gruenes-licht-fuer-blockupy-kundgebung-und-demo-am-18-maerz/>
Als das Blockupy-Bündnis versuchte Schlafplätze für die angereisten Gäste der Proteste vom 18. März zu organisieren, wollte es auf Sporthallen und andere öffentliche Infrastruktur, die für Übernachtungen genutzt werden können, zurückgreifen. Infrastruktur, die für andere Großereignisse wie bspw. Kirchentage problemlos bereitgestellt wird. Im Falle des Blockupy-Bündnisses verweigerte die Stadt jedoch den Dialog mit dem Blockupy-Bündnis: <http://blockupy.org/5165/pressemitteilung-stadt-verweigert-dialog-mit-blockupy-flashmob-auf-dem-roemerplatz-hat-stattgefunden/>

(2) Es wird behauptet, dass das Bündnis sich weigere sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen. Man muss dabei die Gegenfrage stellen, wer hat denn je vom Bündnis gefordert sich zu dieser zu bekennen? Von weigern kann insofern keine Rede sein, eher gab es nie einen Anlass dazu. Auch der StuRa hat sich beispielsweise nie zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekannt. Warum sollte er auch, wenn dazu kein konkreter Anlass vorliegt? Die Haltung, die das Bündnis zur Demokratie einnimmt, wird in einem Satz aus dem jüngsten Aufruf deutlich: „Sie wollen Kapitalismus ohne Demokratie, wir wollen Demokratie ohne Kapitalismus.“: <https://blockupy.org/18m/aufruf/>

(3) Es wird behauptet, dass das Blockupy gewaltbereite Gruppen als Teil des Bündnisses dulde. Richtig ist, dass das Bündnis ein Überschreiten des Aktionskonsenses stets deutlich kritisiert hat und insbesondere im organisierenden und koordinierenden Kern des Bündnisses nur Gruppen geduldet werden, die sich zum friedlichen Aktionskonsens bekennen und diesen umsetzen. Das Bündnis sieht die deutlich interne Kritik als das beste Mittel, dass zukünftig sein Aktionskonsens eingehalten wird. Zudem kritisiert Blockupy es auch öffentlich, wenn sein Aktionskonsens überschritten wird: <http://blockupy.org/5893/6000-bei-morgendlichen-blockaden-gegen-toedliche-krisenpolitik-nicht-alle-aktionen-im-blockupy-konsens-bunte-demo-angestrebt-2/> Würde das Bündnis es bei bloßen Distanzierungen belassen, so würde dies nicht dazu führen, dass zukünftig

weniger gewalttätige Ausschreitungen stattfinden. Leute die auf Gewalt bei Demonstrationen zurückgreifen, können nicht durch bloße Distanzierungen davon abgehalten werden zukünftig wieder die Demonstrationen zu besuchen. Sie müssen stattdessen überzeugt werden, dass Gewalt nicht der richtige Weg ist.

(4) Es wird behauptet, dass das Bündnis es ablehne Vorkehrungen zu treffen, dass die Teilnehmenden der Bündnis-Proteste keine „Maßnahmen zur Verhinderung von Mitnahme von Material das zu Eskalationen führen kann“, treffen würde. Richtig ist, dass in allen Info-Materialien, welche an Aktivisten herausgegeben werden, damit sie sich auf die Proteste vorbereiten, ihnen deutlich gesagt wird, dass sie keine „Waffen und gefährliche Gegenstände, wie Messer, Pfefferspray usw.“ mitnehmen sollen. Außerdem werden die Aktivisten aufgefordert keinen „Alkohol oder andere Drogen“ mitzunehmen:

<http://blockupy.org/18m/blockaden/vorbereitung/>

Teils wird obige Behauptung auch damit verknüpft, dass es in Bussen und Sonderzügen auch Taschenkontrollen geben sollte. Dies ist rechtlich nicht möglich. Die Kontrolle von Taschen und Rucksäcken ist ein Privileg der Polizei. Einfache BürgerInnen haben das Recht Personen abzutasten und die Sachen, welche diese mit sich tragen zu durchsuchen, nicht.

(5) Es wird behauptet „Mitglieder des Bündnisses haben teils zu Gewalt aufgerufen“. Belege werden hier nicht geliefert. Den AntragsstellerInnen liegen keine Erkenntnisse vor, das eine der vielen hundert Gruppen und Organisationen, die Teil des Blockupy-Bündnisses sind, zu Gewalt aufgerufen hätte.

(6) Es wird der Vorwurf erhoben, dass im Vorfeld Tipps gegeben wurden wie man sich der Identifikation durch Behörden entziehen kann. Der Vorwurf besteht also darin, dass Menschen versucht haben sich gegenüber staatlicher Überwachung zu schützen. Denn nichts anderes ist es, wenn Behörden bei genehmigten Protesten versuchen massenhaft Identitäten zu erfassen. Tatsächlich gab es eine AG Antirepression, die aufgearbeitet hat, wie man sich gegenüber den Behörden verhalten soll. Daraus lässt sich jedoch nicht der Schluss ziehen, dass das Blockupy-Bündnis gewaltaffin wäre, sondern lediglich eine kritische Einstellung gegenüber staatlicher Überwachung hat. In Zeiten von Snowden ist dies etwas, was die Mehrheit der Bevölkerung teilt. Der einzige Unterschied zwischen Blockupy und der Mehrheit der Bevölkerung besteht darin, dass sich Blockupy systematisch darum Gedanken macht wie man sich vor Überwachung schützen kann.

3. Schutzbereich des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)

Eine Blockade muss auf die öffentliche Meinungsbildung gerichtet sein, damit sie in den Schutzbereich des Art. 8 I GG fällt. Unter das Versammlungsgesetz fallen auch Blockadeaktionen, die der öffentlichen Meinungsbildung dienen, die sogenannten demonstrativen Blockaden (VG Stuttgart, BeckRS 2014, 57876). Geht es bei einer Blockade vorrangig um die Beeinträchtigung von Rechten Dritter, ist diese nicht von Art. 8 I GG geschützt (Dietel / Gintzel / Kniesel, Versammlungsgesetz, § 15, Rn.163). Die Blockade darf kein Selbstzweck sein, sondern ein Kommunikationsmittel zur Verstärkung der Wirkung in der Öffentlichkeit (BVerfG, NJW 2002, 1031, 1032). Bei einer Demonstration ist nicht lediglich das Zusammenkommen von Menschen an einem Ort geschützt (Dietel / Gintzel / Kniesel, Versammlungsgesetz, § 15, Rn.162). Der Grund

hierfür ist, dass sich die Bürgerinnen und Bürger im Meinungsbildungsprozess auch gegen große Verbände und finanzstarke Institutionen behauptet können müssen (Dietel / Gintzel / Kniesel, Versammlungsgesetz, § 15, Rn.162). Versammlungen an besonderen Orten, um Eindruck auf die politischen Entscheidungsträger zu machen, sind somit ebenfalls geschützt (Dietel / Gintzel / Kniesel, Versammlungsgesetz, § 15, Rn.162). Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass eine Sitzdemonstration nicht nach § 240 StGB strafbar ist, dies wäre ein Verstoß gegen Art. 103 II GG (BVerfG, NJW 1995, 1141, 1141).

(b) Ä2: Stellungnahme zu den Blockupy-Protesten

Antragssteller: Felipe Corral

Streiche alles und ersetze durch:

Am 18. März kamen rund 17.000 Demonstranten nach Frankfurt. Ein Großteil von ihnen nahm an friedlichen Demonstrationen teil. Die Proteste am Nachmittag des 18. März in Frankfurt waren eine wichtige Gelegenheit für Studierende zusammen mit anderen Menschen ein Zeichen der Solidarität in Europa zu setzen. Besonders in Zeiten zunehmender Europaverdrossenheit ist es wünschenswert, dass so viele Menschen ihre Kritik an der bestehenden EU-Politik in einem explizit pro-europäischen Bündnis wie Blockupy auf die Straße tragen. Das Blockupy-Bündnis konstituiert sich unter anderem durch seinen Aktionskonsens als friedliches Bündnis. Dieses Selbstverständnis umfasst auch Aktionen zivilen Ungehorsams wie etwa Menschenblockaden.

Dennoch traf dies allerdings auf eine große Gruppe, nach Polizeiangaben bis zu 2000 Personen (nach Angaben anderer Quellen 200), nicht zu: Seit den frühen Morgenstunden randalierten sie in der Rhein-Main-Metropole, zündeten 55 Polizeiautos an, griffen Gebäude an, errichteten brennende Straßensperren und attackierten Polizeikräfte. Die Bilanz des 18. März: eine große friedliche Demonstration wurde von die Randalen einiger gewalttätigen Gruppen überschattet. Fest steht, dass es großer materieller Schaden gab, dass es Verletzte auf Seiten der Polizei und der Demonstranten gab, und dass es eine feine Linie gibt, zwischen zivile Ungehorsam und Respektlosigkeit vor dem Gesetz, und diese übertreten wurde.

Hierzu soll schließlich betont werden, dass die Randalen außerhalb vom Konsens des Blockupy-Bündnis stattgefunden hat und dass es überhaupt keinen Hinweis dafür gibt, dass die MitfahrerInnen des vom Referat für politische Bildung mitfinanzierten Busses irgendwie mit gewalttätigem Verhalten verbunden werden.

Nichtdestotrotz will das Referat für politische Bildung, sowie die Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg ausdrücklich sagen, dass sie jede Form von Gewalt, egal woher diese kommt, und unabhängig davon, ob physischer, psychologische oder struktureller Natur ablehnen. Somit distanziert sich dieses Organ von den gewalttätigen Geschehnissen des 18. März.

Die von der Troika vorgebrachten Maßnahmen, welche für großes Leiden im europäischen Süden mitverantwortlich sind, mögen ein Grund für das Entsetzen und die Wut unter großen Teilen der Bevölkerung sein. Dennoch kann die Idee einer friedlichen Demonstration, die gegen viele ungerechte Zustände protestiert, nicht durch gewaltvollen Auseinandersetzungen zerstört werden.

So wie die Griechen oder Spanier ein Recht haben, über ihren eigenen Schicksal entscheiden zu dürfen, und dafür auf die Straßen zu gehen, und viele sich dazu in Deutschland solidarisieren wollen, haben Deutschen Staatsbürger den Recht, das ihr Eigentum und ihre Gesetze in ihren Land respektiert werden. Gewalt und Respektlosigkeit vor dem Gesetz sollen egal woher sie kommen, abgelehnt werden.

Allgemeine Diskussion des gesamten Themas:

Begründung der Änderungen in Lukas Antrag (von Lukas Hille).

-Das Bündnis lehnt eine *strukturelle* Zusammenarbeit mit der Zeit ab

-Antrag soll vor allem aussagen, dass bei jeglichen Unterstützungen Verantwortung für den reibungslosen Ablauf der jeweiligen Veranstaltung übernommen wird/werden soll

-Vom Verfassungsschutz beobachtete Organisationen sind zwar generell kritisch zu bewerten, jedoch sollten wir uns vor allem diesem Vorfall konkret widmen

-Wie sollen wir prinzipiell damit umgehen, wenn eine Veranstaltung, die unterstützt wurde, derart eskaliert? Wir sind verantwortlich (jedoch nicht juristisch). Auch als Außensignal an die Studierenden wichtig.

Vorstellung Änderungsantrag (a). Vertreter für Die Linke.SDS Heidelberg als Antragsstellerin

-Es sollte auch inhaltlich auf die dahinterstehenden politischen Thematiken eingegangen werden (Frage nach Erklärung der Proteste, und insbesondere der Gewalt)

Vorstellung Änderungsantrag (b). Felipe Corral

-Ziel des ÄA: Blockupy soll die Bedeutung erhalten, die es tatsächlich besitzt

GO-Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit

27 Stimmberechtigte Mitglieder. Keine Beschlussfähigkeit mehr. Die Sitzung ist beendet.

Alle folgenden Tops sind regulär auf die nächste Sitzung vertagt.

Ende der Sitzung

12.4 Aufhebung des Blockupy-Beschluss des Referats PoBi (1. Lesung)

Anmerkung der Sitzungsleitung: Der Antrag wird derzeit noch einer juristischen Prüfung unterzogen.

Antragssteller: Lukas Hille

Der Studierendenrat der Universität Heidelberg möge beschließen:

Der Referatsbeschluss des Referats für politische Bildung vom 7. Februar 2015 zur Unterstützung einer Podiumsdiskussion der Gruppe Akut (+C) und der Unterstützung eines Buses zu den Protesten in Frankfurt („Blockupy“) am 18. März 2015 wird aufgehoben.

Begründung erfolgt mündlich.

12.5 Stellungnahme des StuRa zur Anfrage der Rechtsabteilung (1. Lesung – Dringlichkeit beantragt)

Antragssteller: RefKonf

Kurze Erläuterung: Das Rektorat beabsichtigt, rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu treffen in Zusammenhang mit dem Beschluss des VS-Referats Politische Bildung vom 07.02.2015 (Unterstützung von "Akut + C" zur Durchführung einer Podiumsdiskussion und einer Busfahrt anlässlich der Proteste "M18-Blockupy 2015". Der Vorsitz wurde in diesem Zusammenhang zu einer Stellungnahme aufgerufen. Diese Stellungnahme soll nach Auffassung des Vorsitzes vom StuRa beschlossen werden.

Das entsprechende Anhörungsschreiben [ist hier abzurufen](#).

(a) Stellungnahme der Verfassten Studierendenschaft im Fall des Beschlusses vom Referat für politische Bildung zum Thema Blockupy

Die Verfasste Studierendenschaft wird bezüglich dieses Themas drei sehr relevante Sachen voneinander trennen. Zum Einen das Mandat dieses Gremiums und der Referate zur Förderung der Beteiligung der Studierenden am gesellschaftlichen und somit politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Geschehen. Zum Anderen, wie man sich zum Thema Blockupy positionieren will. Und letztendlich, wie im Rahmen dieses Mandats genau vorgegangen wird. Um eine ausgewogene Meinung über das Ganze bilden zu können, darf man also das Inhaltliche, mit dem Operativen nicht vermischen. Aus diesen Grund möchte sich die Referatekonferenz nur zum Thema Aufgabenbereich der Verfassten Studierendenschaft, durch diesen Vorschlag, der in der Stura Sitzung diskutiert werden soll, äußern. Des Weiteren, will der Antragsteller ein Kompromissvorschlag zur Positionierung zu Blockupy und die Ausführung des Beschlusses zur Diskussion bringen, die lediglich seine Meinung entspricht, und in keiner Weise mit der Position der Refkonf verwechselt werden soll.

- **Stellung zum politischen Mandat (Vorschlag der Referatekonferenz):**

Die Verfasste Studierendenschaft hat über das Landeshochschulgesetz und ihre eigene

Satzung, gewisse Verantwortungen und Rechte eingeräumt bekommen. Unter anderem ist ein Teil dieser Verantwortungen, die Studierenden durch Veranstaltungen und Lernmöglichkeiten, sowohl innerhalb, als auch außerhalb des Hörsaals, in ihrem Werdegang als mündige, politisch und gesellschaftlich aktive Bürger zu unterstützen. Nach § 24 Abs.7 Satzung der VS vertreten ReferentInnen den StuRa in seinem Aufgabenbereich in Hochschule und Gesellschaft. Die genaue Aufgabe, die Studierenden zu politisieren, wird laut der Struktur der Verfassten Studierendenschaft vom Referat für politische Bildung übernommen. Laut § 24 Abs.1 Satzung der VS arbeiten Referate selbstständig. Insofern dürfen sie nach § 24 Abs.9 Satzung der VS selbstständig Ausgaben tätigen. Das bedeutet, gemäß § 21 Abs.2 Finanzordnung der VS, dass solange die vom Referat in einem Beschluss eingesetzten Mittel, 500 Euro nicht überschreiten, sie sich noch ihren selbstständigen Bereich befinden. Die Bedingung dazu ist, dass die Ausgaben einen Bezug zur Arbeit des Referats haben (§ 21 Abs.2 S.2 Finanzordnung der VS).

Die Unterstützung der Veranstaltung, sowie die Organisation eines Busses nach Frankfurt überschritten die Obergrenze von 500 Euro nicht – den genauen Wert steht aber noch nicht fest.

Gemäß § 65 Abs.2 Nr.3 LHG hat die VS die Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins der Studierenden zur Aufgabe. Des Weiteren nach Nr.4 die Förderung der Chancengleichheit und den Abbau von Benachteiligungen innerhalb der Studierendenschaft. Dafür soll die VS den Meinungsaustausch innerhalb der Gruppe der Studierenden (§ 65 Abs.3 LHG) fördern. Dies wurde mit der Unterstützung der Diskussionsveranstaltung getan. Politische Bildung beruht nämlich nicht alleine auf reproduzierbares Wissen, sondern genauso auf den Erwerb von Kompetenzen zur politischen Partizipation und der Stärkung von Partizipation selbst. Politische Partizipation meint dabei alle üblichen und rechtlich geschützten Formen politischer Beteiligung. Somit können die BürgerInnen nicht nur mit der Stimmabgabe bei Wahlen an der politischen Willensbildung teilhaben, sondern auch auf den Prozess der politischen Meinungsbildung Einfluss nehmen. Dieser muss sich in einem demokratischen Staatswesen frei, offen, unreglementiert und grundsätzlich „staatsfrei“ vollziehen (BVerfG, NJW 1966, 1499, 1503). Im Prozess der politischen Willensbildung bleibt dem Einzelnen neben der Organisation in Parteien und Verbänden, auch die Inanspruchnahme der Versammlungsfreiheit für Demonstrationen (BVerfG, NJW 1985, 2395, 2396). Als erstes geschichtliches Kernelement der Demokratie sind Versammlungen ein wesentliches Glied demokratischer Offenheit (BVerfG, NJW 1985, 2395, 2397). Dahinter steht ein Verständnis von Politik und Demokratie, welches diese nicht alleine auf die Prozesse in Parlamenten und Gremien beschränkt, sondern die gesamte Öffentlichkeit als Austragungsort von Politik begreift. So stellte z.B. das Bundesverfassungsgericht fest, dass sich in einer Demokratie die politische Willensbildung vom Volk zu den Staatsorganen, nicht umgekehrt von den Staatsorganen zum Volk hin, vollziehen muss (BVerfG, NJW 1966, 1499, 1503). Öffentliche Plätze und Straßen fallen unter den Begriff der Öffentlichkeit.

Man kann also hier schlussfolgern, dass es das Ziel des Referates war, insbesondere die politische Bildung und das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein der Studierenden zu fördern. Das erkennt man, da im Vorfeld eine Diskussionsveranstaltung zu „Sinn und Unsinn von Blockupy“ stattfand, die offen gestaltet war und wo es deutlich wurde, dass es

eine differenzierte Meinung der Teilnehmer*innen zu Blockupy gab.

Zur ganzen Diskussion gehört auch, warum überhaupt Blockupy ins Auge gefasst wurde. Am 18. März 2015, war in Frankfurt am Main die Eröffnung der neuen Zentrale der Europäischen Zentralbank geplant. Lange im Voraus hatten kapitalismuskritische Gruppen, Parteien und Organisationen zur Demonstration gegen diese Eröffnung und zur Blockade der entsprechenden Feierlichkeiten aufgerufen. Die EZB, der IMF und im Allgemeinen die Troika sowie die „europäische Wirtschaftspolitik“ scheinen vordergründig für Studierende irrelevant zu sein. Das Referat sah dies anders und wollte mit dieser Veranstaltung ihren Auftrag erfüllen. Es ist nämlich so, dass im weiteren Sinne es auf jeden Fall ein Anliegen der Studierenden ist, eine eigene Meinung bezüglich der Entscheidungen, die jeden Tag von der Europäischen Politik getroffen werden, bilden zu können.

Warum?

Erstens sagt unter anderem das Landeshochschulgesetz, dass es eine der Aufgaben der VS ist, die überregionalen und internationalen Beziehungen mit anderen Studierenden zu pflegen. Ein Teil dieser Aufgabe besteht darin, sich mit anderen Studierenden zu solidarisieren. Egal ob sie aus Griechenland oder Spanien kommen, ist es ein Anliegen der Studierenden, sich allgemein gegen Kürzungen an Bildung zu bekennen. Da viele der Maßnahmen der angesprochenen europäischen Organe zur immensen Kürzung der Bildungsausgaben und zur enormen Jugendarbeitslosigkeit geführt haben, trifft dies hier zu.

Zweitens ist die Europäische Wirtschaftspolitik ein Anliegen der Studierenden – egal ob sie dafür oder dagegen sind –, weil sie ihren Alltag radikal beeinflusst. Alleine die enorme Menge an Geld, die jeden Tag in die Wirtschaft gepumpt wird, bedeutet für einen durchschnittlichen, BAföG empfangenden Studierenden, dass seine/ihre 670€ entwertet werden.

Zudem bedeuten die Richtlinien der europäischen Wirtschaftspolitik, welche sich fest am Primat der Haushaltskonsolidierung bzw. der Austerität orientiert und u.a. von der EZB forciert wird, dass europaweit harte Kürzungs-Entscheidungen getroffen werden, um zu sparen und dadurch die Verschuldung zu minimieren. Da bei einer solchen Politik notwendig Prioritäten gesetzt werden müssen, kommt es zu politischen Interessenskonflikten darüber, wo gespart werden muss und wo auf die Kürzungen verzichtet werden kann.

Da aber die Studierenden keine mächtige Interessengruppe sind, sind sie die Verlierer dieser Interessenskonflikte. Gute öffentliche Bildung landet damit in der Regel auf dem letzten Platz der Prioritätenliste. Ist man schon am Sparen, so kann einfach kein zusätzliches Geld für unsere Bildung fließen, lautet die gängige Argumentation. Um dennoch den Universitäten Sicherheit zu geben, muss dann auf solche Maßnahmen wie die „Veredelung“ der Qualitätssicherungsmittel zurückgegriffen werden. Für uns bedeutet diese „kleine“ Maßnahme, dass ca. 50% der Mittel, die vorher dezentral, zweckgebunden und mit studentischer Mitbestimmung verteilt wurden, anstatt für die Lehre, jetzt dafür eingesetzt werden, dass weder die Universitäten, noch das Land Baden-Württemberg weiter ein Defizit haben bzw. sich weiter verschulden müssen. Der in der europäischen Wirtschaftspolitik

verankerte Primat des Sparens hat damit auch direkte Auswirkungen auf die Baden-Württembergische Hochschulfinanzierungspolitik.

Schaut man genauer hin, werden wir also tatsächlich von Richtlinien betroffen, wo wir uns entweder vorher keine Meinung bilden konnten, oder bisher der Raum fehlte, eine solche Meinung auszudrücken. Egal für wen man wählt, was man über die konkreten Maßnahmen, Richtlinien und Politiker denkt, ist es auf jeden Fall unser Anliegen, eine eigene und gut begründete Meinung zu bilden. Die VS teilt somit nicht die Meinung, dass im inhaltlichen Bereich, das politische Mandat übertreten wurde, oder dass hierzu rechtswidrig gehandelt wurde.

TOP 13: Umbenennung des Referats für Öffentlichkeitsarbeit (Agitation und Propaganda) (1. Lesung)

Der Studierendenrat der Universität Heidelberg möge beschließen:

„Das „Referat für Öffentlichkeitsarbeit (Agitation und Propaganda)“ wird umbenannt in „Referat für Öffentlichkeitsarbeit.“

Begründung:

Der Zusatz zum Referatsnamen hat in der Vergangenheit nicht nur in den Wahlkämpfen zu Irritationen in der Öffentlichkeit geführt. Der Name führt zu Assoziationen, die das Referat und damit die Verfasste Studierendenschaft (VS) als Ganzes, in ein schlechtes Licht rücken. Wenn die VS professionell auftreten möchte und das Referat unbeeinflusst mit allen Gruppen zusammenarbeiten soll, sollte der Name geändert werden.

TOP 14: Plädoyer für Populismus (Diskussion)

Beantragt von DIE LISTE

„Inhaltlich geht es um die Liste DIE LISTE, den Mercedes und leere Worthülsen.“

TOP 15: Positionierung des StuRa zu Verhandlungen mit VRNextbike (1. Lesung – Dringlichkeit beantragt)

Antragssteller*in: Kevin Korffmann (Verkehrsreferat)

Antragsart:

Inhaltliche Positionierung

Antragstext:

Der StuRa möge beschließen, dass das Verkehrsreferat damit beauftragt wird, Verhandlungen mit VRN und nextbike für das bike-sharing System VRNextbike aufzunehmen. Es wird eine Testphase (ca. 5-6 Woche im Juni/Juli) angestrebt und befürwortet. Die Kosten werden noch mitgeteilt und separat zur Abstimmung gestellt. Im Anschluss an die Testphase soll ein 3-Jahres-Vertrag folgen. Dieser sieht bisher grobe Kosten pro Studierenden / Semester im 1. Jahr von 1,80€; im 2. Jahr von 2,00€ und im 3. Jahr von 2,20€ vor. Als Gegenleistung erhalten alle Studierenden einen kostenfreien Zugang zum VRNextbike System (keine Anmelde- oder Jahresgebühr) sowie 30 min. kostenfreie Fahrt für ein Fahrrad. Der Vertrag wird ebenfalls wenn er im Detail verhandelt ist im StuRa zur Abstimmung vorgelegt.

Begründung des Antrags:

Das bike-sharing Systems VRNextbike in der Metropolregion ist ein wirksames Instrument um den Radverkehrsanteil in Heidelberg zu erhöhen und die Mobilität für Studierende kostengünstig zu verbessern. Die Positionierung bzw. ein Meinungsbild soll die Verhandlungen für das Verkehrsreferat vereinfachen bzw. eine Orientierung geben.

Kontakt zu Akteuren (Universitätsbauamt, Stadtverwaltung, PH, URZ, Studentenwerk) wird in den nächsten Tagen hergestellt.

Weitere Verhandlungen mit VRN und Nextbike werden Anfang Juni erfolgen.

Offene Fragen:

Sind solche Verhandlungen generell gewünscht?

Können die Kosten mit bisherigen VS-Beiträgen gedeckt werden? Bzw. ab wann wäre eine Erhöhung nötig?

Ab wann wird die Testphase als erfolgreich angesehen?

TOP 16: Solidarität mit der VS Freiburg (Dringlichkeit beantragt)

Antragssteller*in: Referat für hochschulpolitische Vernetzung (Außenreferat)

Antragsart: Sonstiges

Antragstext: Der StuRa der Uni Heidelberg erklärt sich in Bezug auf die Vorfälle am Abend des 30.4.2015 solidarisch mit dem StuRa der Uni Freiburg. In Heidelberg erleben wir häufig, dass es ein Problem ist für studentische Politik Räume bereitgestellt zu bekommen, wenn jetzt schon Rektorate anordnen können, dass die Polizei sogar das Büro einer Studierendenschaft lahmlegt, ist das ein immenser Eingriff in die Selbstverwaltung der Studierendenschaft, der nicht hinnehmbar ist.

Begründung des Antrags:

Die Bereitstellung von Räumen ist nach LHG Aufgabe der Hochschule, der Zugang in diese darf einer Studierendenvertretung nicht verwehrt werden.

Anhang: Pressemitteilung des StuRa der Uni Freiburg ([online abzurufen](#)).

TOP 17: Sonstiges

Anlagen

Anlage 1 – Bericht des Referates für Lehre und Lernen

RefKonf 20.05.2014

LeLe: Ein Antrag auf QuaSiMi wurde eingereicht. Frau Reutner soll noch einmal von Emanuel über die Sachlage bezüglich der Spüle aufgeklärt werden. Ein anzuschaffender Beamer wurde mit Kooperation von Harald ausgewählt und soll in Kürze beim StuRa beantragt werden. Die Anschaffung eines Wassersprudlers wird als sinnvoll erachtet. Kostenvoranschläge sollen eingeholt werden

12.06.2014

1.1a LeLe Arbeitet mit Fiebereifer an vielerlei Projekten.

3.1.2 Das LeLe-Referat möchte gerne die nächste LA-LAK besuchen und braucht dafür Fahrtkosten. Der Antrag wird einmütig bei einer Enthaltung angenommen.

25.07.2014

LeLe Referat: Sprechstunden nach Vereinbarung in der vorlesungsfreien Zeit

19.08.2014

LeLe-Referat: Henrike Arnold beantragt die Erstattung der Reisekosten für eine Fahrt nach Stuttgart und zurück am 28.8. i.H.v. 23 bzw. 27 Euro (BW-Ticket): Die Vorsitzende des Landesfachausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst der CDU hat zu einem Gespräch über die anstehende Lehramtsreform eingeladen. Bisher interessiert sich die Politik nicht bzw. kaum für die Meinung der Studierenden in dieser Angelegenheit. Besonders die Regierungsparteien haben bisher keinen Kontakt gesucht. Das Gespräch bietet die Chance, endlich auf die Politik einwirken zu können, die großen Probleme, die wir sehen und im Positionspapier (StuRa-Beschluss vom 12.8.) festgehalten haben, darzulegen und so vielleicht noch etwas bewegen zu können. Da es bei solch einem Gespräch von Vorteil ist, es nicht alleine führen zu müssen (meist vergisst man ja doch etwas), soll eine Begleitung (vorzugsweise aus unserem AK Lehramt) gewonnen werden. Dafür: 4 (einstimmig) Der Antrag ist angenommen. Anmerkung: Ein Vortreffen ist erwünscht.

12.12.2014

Lehre und Lernen: Hat mit dem Mieterverein kommuniziert. Dieser ist einverstanden nicht an der Rechtsberatung teilzunehmen. Termin für Gespräch mit allen Akteuren ist im Januar geplant, Interessierte, welche mitarbeiten möchten, sind herzlich eingeladen. Möchte Referat ausschreiben, um diese Aufgabe (Rechtsberatung) langfristig zu koordinieren. Nach kurzer Diskussion wird diese Aufgabe eher als Teil des Justizreferats angesehen. Lele übernimmt bis das Justizreferat besetzt ist. 5 Lele ist an Ausgleichsregelungen in Prüfungsordnungen für für schwangere Studentinnen dran. Öffentlichkeitsarbeit soll im Fokus von LeLe in Zukunft ein Hauptpunkt sein.

19.12.2014

Lele: Wir haben die HfjS angeschrieben, ob sie ihre Termine nicht auch an unseren Bürodienst schicken möchten, damit wir sie weiter verbreiten können, z.B. über sofo. Die HfjS hat dieses Angebot dankend angenommen und wird dem Bürodienst ab sofort ihre Termine schicken. Unsere nächsten Themen werden Evaluierungen, Nachteilsausgleich für Schwangere, Rechtsberatung und Vernetzung von stud. Gruppen sein.

09.01.2015

Referat für Lehre und Lernen: - Pause über die Feiertagszeit. Trotzdem Termin mit dem Anwaltsverein zur Rechtsberatung gemacht. Mail-Kontakt zu „Pro Bono“ läuft gut, zum Sozialreferat gar nicht, obwohl diese auf jeden Fall mitmachen wollten. Das LeLe-Referat wird dadurch an der zügigen Umsetzung gehindert. Im Januar wird es einen Termin mit dem Anwaltsverein geben. Als Räume werden im ersten Jahr die Räume in der Sandgasse verwendet. Danach wird man sehen. - Außerdem setzt sich das für den Schutz von Schwangeren ein, so dass sie nicht durch Prüfungsordnungen diskriminiert werden, wie es bisher der Fall ist. - Wir haben Philipp Mallow kontaktiert, der im StuRa einen besseren Online-Kalender beantragt hat. Wir werden uns treffen und an einer Lösung arbeiten, die sofo-hd miteinschließt.

20.01.2015

Referat für Lehre und Lernen: Wir haben ein Treffen mit dem Anwaltsverein organisiert <http://sofo-hd.de/event/1421744229> Wir organisieren ein Treffen zum Onlinekalender. Termin wird bekanntgegeben. 30.1. 10 Uhr ist ins Auge gefasst. Wir haben beim URZ wegen Moodle Datenschutz nachgehakt. Von ZENDAS kam noch keine Antwort. Alle Mails Infos wurden an Refkonf@stura weitergeleitet. Wir würden gerne die Stura Protokolle auf der Stura Homepage verlinkt sehen. Wir haben Ruprecht wegen Aufklärung über Möglichkeiten der VS angeschrieben: "Hallo liebe Redaktion, wir wollten euch fragen, ob ihr über die Partizipationsmöglichkeiten in der VS berichten wollt. Ihr wart ja bei der letzten Sturasitzung dabei und habt wahrscheinlich auch unseren TOP 14

https://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle_und_Beschluesse/2/Sitzungsunterlagen/Sitzungsunterlagen_13012015.pdf mitbekommen, der dieses Thema anschneidet. Wir finden es schade, dass viele studentische Gruppen nicht wissen, dass sie bei StuRa, RefKonf und Referaten (finanzielle) Mittel oder andere Hilfen für Projekte beantragen können. Auch kennen viele weder sofo-hd.de noch die Etherpads, Emaillisten und Wikis der VS, die jedem Studi offen stehen. Dieser Umstand ist ein unnötiges Hindernis von studentischer Teilhabe und coolen Studiprojekten in Heidelberg. Gerne stehen wir für Rückfragen zur Verfügung." Wir haben das Büro für Chancengleichheit angefragt, ob man sich wegen dem fehlenden Nachteilsausgleich für schwangere Studentinnen an der Uni Heidelberg treffen könnte. - interessante Links:

http://www.rnz.de/heidelberg/00_20150117060000_110823473-Auslaender-Migrationsrat-Wirsind-absolut-sich.html

10.02.2015

Referat für Lehre und Lernen: Nachteilsausgleich für schwangere Studentinnen: Das Büro für Chancengleichheit ist nicht zuständig. Wir haben das Gleichstellungsbüro angefragt. In einem Telefonat im Dezember 2014 mit dem Gleichstellungsbüro wurde uns gesagt, dass sie sich nicht zuständig fühlen. Alles sehr verwirrend. Wir bleiben dran. Webseite: Wir würden uns eine Unterseite auf der StuRa Homepage wünschen, die die Sekretärinnen und Hiwis vorstellt. Lele Seite: Wir sammeln auf der Lele Seite Tipps und Tricks, die sonst nirgends Platz finden.

<https://www.stura.uni-heidelberg.de/referate/lehre-und-lernen.html> Diese Liste ging an die FSen. Online-Kalender: Es gibt ein Treffen am 30.1. 10 Uhr <http://sofo-hd.de/event/1421942336> Erste-Hilfe-Kasten: Wir beantragen einen neuen gut ausgestatteten Erste-Hilfe-Kasten fürs StuRaBüro und evtl. auch für die Sandgasse. Der Kasten im StuRa-Büro ist ungenügend, wie wir bei einer Schnittverletzung in KW5/15 feststellen mussten. Disclaimer auf Stura Seite: Wir haben auf der StuRa Homepage Disclaimer zur ehrenamtlichen Arbeit eingefügt. z.B. "Disclaimer: Die Arbeitskreise arbeiten ehrenamtlich." Vortrag Sexuelle Minderheiten und Schule in Japan: Wir haben mit der Gastprofessorin geredet, die das veranstaltet. Sie arbeitet schon mit dem Queerreferat

zusammen und wird Reisekosten und Druckkosten bei der Refkonf beantragen. Der Hinweis auf das Queerreferat ist schon auf dem Posterentwurf. Natürlich kommt unser Logo noch drauf. Wohnen: <https://housinganywhere.com/> hat im StuRa-Büro angerufen. Wir haben sie an Sitzungsleitung bzw. Sozialreferat verwiesen, weil wir uns dafür nicht zuständig sehen. AG Lele Europ. Kunstgeschichte gegründet WiSe 2014/15: Maria-Chiara hat bei uns angerufen und uns erzählt, dass VL dort oft 1/3 wieder rausgehen. Sie haben einen Fragebogen für Profs erstellt, um zu verstehen, warum das ist. Datenschutzfragen und Formulierungen sind noch das Problem bei der Fertigstellung des Fragebogens.

24.02.2015

Referat für Lehre und Lernen: Treffen mit Anwaltsverein: <http://sofo-hd.de/event/1423558246> Protokoll etc. im Pad <http://stura.uni-heidelberg.de:9001/p/rechtsberatung> Mitarbeit sehr erwünscht!! Meldet euch einfach beim Referat für Lehre und Lernen des StuRa. Nachteilsausgleich für Schwangere (Studis): Treffen im April mit der Zuständigen der Uni

10.03.2015

Referat für Lehre und Lernen: -Arbeitet weiterhin an Rechtsberatung. Die Rechtsgebiete und der Turnus wurden an den Anwaltsverein geschickt, der diese Infos aufbereiten wird und im nächsten Mitteilungsblatt nach Freiwilligen/Beratern suchen wird. -Wir heißen es nicht gut, wenn andere Referate (Soziales und Internationales) wie Hillary Clinton verfahren und statt offizieller StuRa Infrastruktur (z.B. @stura Adressen) Facebook, andere Etherpads etc. benutzen. Wir sollten uns auch fragen, ob man auf @refkonf Listenmails mit nicht- @stura/uni-hd antworten sollte, denn so werden die Inhalte in der Zitatebene weitergeleitet. -Es hat sich eine Person bei uns gemeldet, die einen Härtefallantrag in WPO Englisch stellen möchte. Allerdings soll das angeblich nicht möglich sein. Wir recherchieren. - Datenschutz-Skandal: Mittlerweile hat sich der Zugriff auf personenbezogene Daten via Moodle von 33.362 auf 33.889 Datensätze (meistens von Studis) erhöht.

24.03.2015

Referat für Lehre und Lernen: 5 Wir wurden von einer Studentin um Hilfe gebeten, deren Prüfungsanspruch in der WPO in Gefahr ist. Anscheinend wurde ihr von ihrer Dozentin geraten keinen Widerspruch einzulegen. Ich bin in engem Kontakt zu ihr und wir schauen gemeinsam, ob sie in ein anderes Bundesland wechseln kann oder ein anderes Studium aufnehmen muss.

31.03.2015

Referat für Lehre und Lernen:

Wir sind noch immer an dem Härtefall dran. Anscheinend gibt es keine harten Fristen zu denen Bescheide oder Entscheidungen über den Verlust des Prüfungsanspruchs eingehen müssen. Im Falle eines Hochschulwechsels kann dies zu Herausforderungen führen. Zum Glück hat die Betroffene eine Rechtsberatung durch die GEW und Begleitung Seite 4 Refkonf 31.03.2015

durch uns. Allerdings müssen wir festhalten, dass sie noch keinen Bescheid erhalten hat und so auch noch kein Widerspruch beim allgemeinen Lehramtsprüfungsausschuss, in dem Fabian sitzt, eingelegt werden konnte. Allerdings wurde der Betroffenen schon Anfang März eine Kopie eines Bescheids durch die Dozentin gegeben, obwohl Herr Kempter ihr diesen zuschicken müsste. Alles sehr verworren. Die Betroffene wird die Hochschule wechseln und im Zweifelsfall den Rechtsweg bestreiten, um Lehrerin werden zu dürfen.

Für die Rechtsberatung beim StuRa gilt weiterhin der Aufruf zur Mithilfe. Unser Referat stemmt diese Aufgabe seit Frühling 2014 alleine und bisher kamen leider nur wenige Menschen zu den Treffen. Mitte April soll es wieder ein Treffen geben. Den Termin werden wir noch bekannt geben.

17.04.2015

Referat für Lehre und Lernen:

In Absprache mit PolBil und Verkehrsreferat haben wir eine Erinnerung zu den Semesterticketkonditionen und ein PSA zu Leihrädern in Aktuelles gestellt. Wir haben eine neue Sprechstunde: dienstags 18 Uhr im StuRa-Büro. Termin ist auch im sofo. Ich habe 25 Exemplare der Broschüre WLAN für alle bei MABB.de bestellt. Das kostet uns nichts, bietet aber wertvolle Informationen zum Freifunk, das ja im StuRa-Büro benutzt wird. Außerdem könnte es bald ein Treffen mit Demi

TOP 4: Personalien (nicht öffentlich)

TOP 5: Berichte

von sofo geben, um zu schauen, wie man sofo noch verbessern könnte. Wir haben noch einmal in Aktuelles darauf hin- gewiesen, dass Anwesenheitslisten datenschutzrechtlich bedenklich sind. Außerdem betreuen wir weiterhin den Härtefall in der Anglistik, der jetzt sogar von Frau Reiher konstruktive Rückmeldung zu möglichen Vorgehensweisen bekommen hat.

Berichte für Refkonf am 28.4.:

Lele: (Stand 23.4.2015)

Wir arbeiten mit Vino an einem Antrag für ein Rechtsgutachten zu ECTS Punkten und deren Reduktion. In Kombination mit selten stattfindenden Pflichtveranstaltungen führt dies regelmäßig zu Problemen für Studis, die eigentlich nur 2 LP brauchen, aber die vollen 6 LP einer Veranstaltung erfüllen müssen. Fabian hat angeboten auf dem Barcamp Rhein Neckar am 18.04.15 eine Session zur VS zu machen, aber leider gab es viele andere interessante Sessions und nur wenige Studis, so dass die Session ausfiel. Wir werden aber eine Doku anbieten, die dem Barcamp Portal zur Verfügung stehen wird. Treffen zur Rechtsberatung am 24.4.15 14 Uhr Sandgasse 7 <http://sofo-hd.de/event/1429608423>

AK LeLe wird wiederbelebt und trifft sich künftig jeden 1. Dienstag im Monat um 18:00, bei Bedarf gibt es weitere Treffen im Monat. 1. Termin für das SoSe ist: 5.5.15, 2.6.15

<http://sofo-hd.de/event/1429253717>

<http://sofo-hd.de/event/1429747277>

Unsere datenschutzrechtlichen Bedenken vom 11.11.14 haben am 21.04.15 zu Veränderungen bei Zugriffsrechten in Moodle geführt! Hier der Bericht von Frau Dethloff:

"das URZ hat mir in der Thematik Folgendes mitgeteilt: "Bei einer Beratung durch Zendas letzte Woche wurde die datenschutzrechtliche Lage zu diesem Punkt neu bewertet.

Die Möglichkeit für die Rollen "Teacher" und "non-editing Teacher", ihre Kursteilnehmer einzeln aus dem Gesamtbestand auszuwählen, wurde entzogen."

Den Härtefall der Anglistikstudentin betreuen wir weiterhin aktiv. Bei Telefonaten offenbaren sich einige inhärente Probleme innerhalb des Faches, z.B. soziale Bezugsnormorientierung etc. Am 23.4. ging Fabian mit ihr in eine Sprechstunde mit der Dozentin, um die Sache hoffentlich abschließend zu klären und der Studentin zu ermöglichen, weiterhin in Heidelberg studieren zu dürfen. Die Klausur wird jetzt (zum dritten Mal) geprüft und eine Woche später sollte das Ergebnis da sein.